

Evangelische Verantwortung



20 Jahre Deutsche Einheit

Von der Selbstbefreiung zur
selbst gestalteten Demokratie

Rainer Eppelmann *Seite 3*

Zum 100. Geburtstag
Dr. Gerhard Schröders

Dr. Peter Egen *Seite 10*

Afghanistan-Konflikt in
kirchlicher Diskussion

Gerhard Arnold *Seite 12*

Liebe Leserin, lieber Leser,



Die Union hat darauf hingewiesen, wie wichtig das Einfordern einer sowohl auf dem Grundgesetz als auch auf unseren gemeinsamen kulturellen Traditionen basierenden Wertebasis ist.

einstecken müssen. Man denke nur an die wichtige Debatte zur „Leitkultur“.

Die Art, wie sich nun ausgerechnet der ehemalige Berliner Finanzsenator einer Rot-Roten Koalition der Probleme annimmt, ist schlicht und ergreifend kontraproduktiv und schlägt übers eigentliche Ziel hinaus. Es reicht eben nicht, dass man auch „Richtiges“ oder sogar lange Verdrängtes anspricht, wenn dies in den Deutungsrahmen eines regelrecht biologistischen Menschenbildes gestellt wird, das von der „genetischen Programmierung der Menschen“ ausgeht, die „angeborene Ungleichheit der Menschen“ betont und über die „Fruchtbarkeit der weniger Intelligenten“ im Zusammenhang mit kruden Vererbungstheorien räsoniert. Solches ist mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar. Sarrazins emotionalisierende Polemiken und fatalen Schlussfolgerungen führen zu Verdrossenheit und Ideologisierung statt zu Verständigung und Versachlichung in der Integrationsdebatte.

Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern: Die Union war es, die nach Jahren des politischen Stillstandes auch hier erstmals wirklich aktiv geworden ist: Unter der Leitung von Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel MdB** fand im Juli 2006 erstmals ein **Integrationsgipfel** im Berliner Kanzleramt statt, und **Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB** initiierte die **Deutsche Islamkonferenz**, die nun **Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière MdB** in die zweite Phase führt. Hier wird sachlich und thematisch gearbeitet und in verantwortlich politischer Weise sowohl gefordert als auch gefördert. Statt verhetzende oder beschwichtigende Parolen zu verbreiten, stellen wir uns den konkreten Problemen.

Als Christen in der Politik haben wir einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung und zum Dialog der Religionen zu leisten. Denn wir wissen: Sowohl die Idee als auch die Verwirklichung des Religionsfriedens in der Geschichte Europas sind zu einem nicht geringen Teil gerade denjenigen Kräften zu verdanken, die die Machtansprüche religiöser und konfessioneller Absolutheiten

die heftigen Kontroversen um das gerade erschienene Buch von Thilo Sarrazin zeigen, welche große gesellschaftspolitische Bedeutung dem Thema Integration in unserem Land zukommt. Die Union hat in der Vergangenheit immer wieder genau auf diesen Punkt hingewiesen und dafür zu sensibilisieren versucht, wie wichtig zum Beispiel das Einfordern einer sowohl auf dem Grundgesetz als auch auf unseren gemeinsamen kulturellen Traditionen basierenden Wertebasis ist. Dafür haben wir jedoch, insbesondere aus den Reihen von Rot-Grün, über viele Jahre hinweg Hohn, Spott und so manche Verunglimpfung

auf ein gedeihliches Maß zurückzudrängen verstanden. Diese humanisierenden und pazifizierenden Kräfte sind nun keinesfalls, wie oft etwas flach und teils mit religionskritischem Schlag angenommen wird, lediglich mit „der“ Aufklärung in eins zu setzen. Sie speisten sich nämlich ihrerseits teils aus den christlich-theologischen Quellen selbst, teils mussten sie sich aber auch immer wieder in harten Auseinandersetzungen gegen die kirchlichen Herrschaftsansprüche der jeweiligen Zeit durchsetzen. Die Trennung von geistlicher und weltlicher Macht, die Freiheit der Religionsausübung (unter Einschluss der Freiheit von Religion!), die Gewissensfreiheit und Freiheit des Individuums, der Gedanke der Toleranz und der Gedanke der universalen Menschenrechte erweisen sich somit auch als ureigene Früchte eines wechselvollen und bisweilen sogar widersprüchlichen Prozesses der Selbsthumanisierung des Christentums innerhalb der europäischen Geschichte. Von dem Ausgang dieses Prozesses profitieren wir bis heute. Darum bildet die Werteordnung unseres Grundgesetzes auch die unverrückbare Grundlage und den verpflichtenden Maßstab für das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland.



Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) erinnert sich in Dankbarkeit an seinen früheren Bundesvorsitzenden **Dr. Gerhard Schröder**, der in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte. Der ehemalige Innen-, Außen- und Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland hat durch sein klares evangelisches Bekenntnis und Profil sein Leben lang wichtige und wegweisende politische Akzente gesetzt und von 1955 bis 1978 nicht nur eines, sondern viele Kapitel in der Geschichte unseres Arbeitskreises entscheidend mitgeschrieben. Den EAK verstand er nicht einfach nur als eine institutionelle Größe innerhalb der Gesamtpartei, sondern vielmehr als lebendige und Impuls gebende Verantwortungsgemeinschaft auf der Basis des protestantischen Freiheitsverständnisses. In den Jahrzehnten seines Wirkens gewann der EAK an Breitenwirkung und wuchs zu dem vielbeachteten und unverzichtbaren Grundsatzforum, das er in Kirche und Politik bis heute darstellt. Aus Anlass seines 100. Geburtstages haben wir im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises einen Gedenkkranz an seinem Grab in Keitum (Sylt) niederlegen lassen. Wir würdigen damit sein politisches Lebenswerk als aufrechter Demokrat, dessen Denken stets geprägt war von der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Gottes Segen
Ihr

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU



20 Jahre *Deutsche Einheit*

Von der Selbstbefreiung zur selbst gestalteten Demokratie

| Rainer Eppelmann

Unsere französischen Nachbarn erinnern sich seit 221 Jahren stolz und selbstbewusst an ein Ereignis ihrer Geschichte, das mit dem Sturm einer Handvoll Menschen auf die Bastille begann. Seit dieser Zeit, seit der Französischen Revolution von 1789, gilt dieses Datum in Frankreich über viele Generationen hinweg als ein ganz zentraler und wichtiger Punkt in der Geschichte seines Volkes.

Wenn Sie heute im wiedervereinigten Deutschland, wohlgerne nicht nach 221 sondern nach 20 Jahren, Menschen, die jünger als zwanzig sind, danach fragen, wer Erich Honecker war, wird von vier oder fünf unterschiedlichen Antwortmöglichkeiten zu 19% angekreuzt: „Ein alter Band-Leader“. Fragen Sie beispielsweise nach Wolf Biermann, dann halten ihn 17%

für einen langjährigen Generalsekretär der SED. Fragen Sie schließlich nach Willy Brandt, so haben ihn 18% als „zweiten Generalsekretär der SED“ angekreuzt. Das sind allesamt Ergebnisse von offiziellen Befragungen, die in Schulen (Gymnasien) der Bundesrepublik Deutschland (alte und neue Bundesländer) durchgeführt worden sind. Diese Beispiele machen deutlich: Es geht hierbei nicht nur lediglich um mangelndes Wissen über die DDR, sondern es geht schlechterdings um mangelndes Wissen über die jüngere deutsche Zeitgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Das wird auch dadurch bestätigt, dass bei dieser Befragung den Jugendlichen auch die Aufgabe gestellt wurde, den ihrer Meinung nach wichtigsten Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie zu benennen: 33% wussten darauf überhaupt keine Antwort zu geben!

Es liegt mir nun fern, über solches mit Häme herzuziehen. Vielmehr stellt sich für mich die entscheidende Frage an uns selbst, was wir denn dazu beigetragen haben, dass diejenigen, die nach 1990 geboren worden sind, überhaupt eine Chance haben, eine solche Befragung bestehen zu können, ohne sich dabei fürchterlich zu blamieren. Aber es geht ja nicht bloß ums Blamieren, wenn viele junge Menschen keine Antwort mehr auf die Frage wissen, was ihrer Meinung nach der wichtigste Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie ist. Da geht es um unser aller Leben. Und darum ist es wichtig, immer wieder an das zu erinnern, was vor 20 Jahren geschah.

Ich möchte in diesem Zusammenhang geradezu von dem Wunder der Selbstbefreiung und der Selbstdemokratisierung

reden. Höre ich stattdessen das Wort „Wende“, dann bekomme ich eher Bauchschmerzen. Im politischen Sprachgebrauch bedeutet „Wende“ nämlich eine begrenzte politische Korrektur. Lässt sich das, was die DDR-Bürger in den Jahren 1989/90 erlebt und erfahren haben, etwa als eine bloß begrenzte politische Korrektur darstellen? Ich finde nicht! Außerdem weiß ich noch genau, wer als erster dieses Wort „Wende“, für das, was in der DDR damals geschah, benutzt hat. Es stammt nämlich von Egon Krenz. Einen Tag, nachdem er Erich Honecker gestürzt hatte, stellte er sich mit anderen zusammen hin und sagte: „Wir nehmen jetzt eine Wende unserer Politik vor.“ Er beabsichtigte, nur so viel in der bisherigen Politik zu verändern, dass diese aufmüpfigen DDR-Bürger wieder von der Straße verschwänden und man noch mindestens 100 Jahre weiter regieren könnte. Sein Ziel war eine begrenzte politische Korrektur.

Was damals in der DDR passierte, muss man „Revolution“ nennen. Und hier ist es uns außerdem noch gelungen, eine Form von Revolution zu praktizieren, die es vorher in der Weltgeschichte so noch nicht gegeben hat, nämlich eine Friedliche Revolution. Nun gibt es zweifelsohne immer noch Menschen, die mit dem Wort „Revolution“ ihre Schwierigkeiten haben. Diese müssten dann aber auch konsequent sein und auch von der Französischen „Wende“ – statt von der Französischen Revolution – reden. Wem solches wiederum komisch vorkommt, der sollte seinen Sprachgebrauch auch bezüglich des Herbstes von 1989 in der DDR und in Mitteleuropa ernsthaft überdenken.

Warum rede ich vom Wunder der Selbstbefreiung und Selbstdemokratie? – Wir DDR-Bürger waren traumatisiert. Manche von uns schon seit dem **17. Juni 1953**, als immerhin etwa 1,5 Millionen DDR-Bürger an 600 Orten und Städten der Deutschen Demokratischen Republik auf die Straßen gingen, streikten und somit eigentlich die in der DDR-Verfassung verbrieften Rechte in Anspruch nahmen. Und warum taten sie das? Weil die Regierung der DDR im Vorfeld des Geburtstages von Walter Ulbricht diesem eine Freude machen wollte. Und da meinten sie, am meisten würde er sich darüber freuen, wenn alle werktätigen Männer und Frauen ab sofort 25% mehr arbeiten würden, allerdings für das gleiche Geld wie bisher. Das war natürlich eine Fehleinschätzung. Doch die Menschen beließen es dann keineswegs beim Streik, sondern forderten auch,

die Regierung, die so etwas beschlossen hatte, müsste zurücktreten. Man wollte Wahlen, freie Wahlen, und eigentlich wollte man die Einheit Deutschlands. Dann wurde die rote Fahne vom Brandenburger Tor heruntergeholt, in Görlitz zum Beispiel wurde die Stadt-Regierung abgesetzt und politische Gefangene wurden aus den Gefängnissen befreit.

Als in Berlin das Haus der Ministerien gestürmt wurde, waren die Minister der damaligen DDR-Regierung mit ihren Staatskarossen schon fluchtartig weggefahren. In Berlin-Karlshorst ist damals das Hauptquartier der Roten Armee gewesen. Dort gab der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen dann den Einsatzbefehl. Danach fuhren die Panzer durch Berlin. Sie fuhren geradewegs auf die Demonstranten zu, unbewaffnete Männer, Frauen und Jugendliche, die Pflastersteine auf sie warfen. Die Streikenden hatten sich untergehakt und sind langsam auf die Panzer zugegangen, weil sie annahmen, dass diese anhalten würden. Das taten sie aber nicht.

Und am Abend des Tages war der Volksaufstand vorbei. 200 Menschen sind auf brutalste Art und Weise umgebracht worden. Viele Tausende wurden an diesem Tage und in den Tagen und Wochen danach verhaftet, viele verurteilt – manche zu langen Zuchthausstrafen. Die letzten von ihnen sind erst 20 Jahre später aus den Gefängnissen herausgekommen. Für die 1,5 Millionen, die da dabei gewesen sind, als Zuschauer oder Beteiligte, war dies eine tiefgreifende, traumatische Erfahrung.

Allein vom 17. Juni 1953 bis zum Sommer 1961 verließen fast 2 Millionen DDR-Bürger die DDR. Und sie taten dies immer in dem Bewusstsein, dass sie nie wieder zurückkommen würden, weil sie ja von nun an von der Staatsführung als Verräter gebrandmarkt waren. Sie mussten praktisch alles zurücklassen, was sie sich bisher angeeignet oder erworben hatten und sich unwiderbringlich und endgültig von dem verabschiedeten, wo sie geboren und aufgewachsen waren. Der einzige offene Fluchtweg führte zu dieser Zeit nur noch von Ost- nach Westberlin, und zwar mit der S-Bahn. Die allermeisten trauten sich nicht einmal mehr ihre Zeugnisse und wichtigsten Dokumente mitzunehmen, weil sie ja am letzten Bahnhof der DDR hätten kontrolliert werden können und dann in Begründungsnöte gekommen wären. Und was hätten sie dann

sagen sollen, wenn sie zum Beispiel nichts anderes bei sich gehabt hätten als ihre Zeugnisse? Man kann davon ausgehen, dass sich die meisten der Flüchtlinge wohl quälend lange davor überlegt hatten, ob sie diesen Schritt gehen sollten oder nicht. Und dann stieg die Zahl derer, die gingen, immer weiter an. Ich kann mich noch daran erinnern, zu der Zeit bin ich gerade 18 Jahre alt gewesen, wie in der BILD-Zeitung über die große Zahl derer berichtet wurde, die vorher die DDR verlassen und sich in Marienfelde im Aufnahmelaager gemeldet hatten. Die SED-Führungsclique reagierte und die Entwicklung mündete im zweiten großen Trauma für die Bürger der DDR: dem Mauerbau. Und dieses Ereignis erfasste nun alle Menschen und nicht bloß die 1,5 Millionen des 17. Juni.

Am **13. August 1961** erklärte die Partei mit Stein und Stacheldraht endgültig ihren politischen Konkurs. Sie gab ihrem System aber eine noch fast 30 Jahre dauernde Gnadenfrist. Ich kann mich noch genau daran erinnern, wie ich selber den Tag des

Mauerbaus erlebt habe. Ich war gerade als 18-Jähriger mit der Jungen Gemeinde im Ferienhof Schloss Mansfeld. Frühmorgens hörten wir im Radio, dass die Grenze zwischen Ostberlin und Westberlin geschlossen worden war. Nun standen wir, eine Handvoll 17- bis 18-Jähriger Jungs, im Waschraum und sangen im Kanon „Berlin ist zu, Berlin ist zu“. An diesem 13. August hatten wir noch gar nicht so richtig realisiert, was da Ungeheuerliches passiert war. Aber das sollte rasch geschehen. Schon 11 Tage nach der Abwicklung starb der erste Mauerflüchtling im Kugelhagel der Grenzer. Spätestens jetzt wurde auch dem Letzten klar, dass in der Nacht zum 13. August mehr als 17 Millionen Menschen hinter der Mauer zu Gefangenen der kommunistischen Diktatur geworden waren. Fast alle Verbindungen, auch die Telefonverbindungen, wurden gekappt, aber tausende Familien gewaltsam getrennt, auch meine eigene. Mein Vater wohnte zwar in Ostberlin, arbeitete aber in Westberlin. Nach dem 13. August kam er dann nicht in den Osten zurück, weil er meinte, dass er das nicht aushalten würde. Und meine Mutter, zusammen mit uns vier Kindern, lebte dann eben im Osten – und er im Westen.

Bis 1989 sollten rund 1000 Menschen für den Versuch, dieses Bollwerk aus Stein und Beton zu überwinden, mit dem Leben bezahlen. Sie wurden erschossen oder in die Luft gesprengt. Ungezählte wurden zu Invaliden gemacht. Insgesamt tausende von Jahren Haft bekamen diejenigen, die



Rainer Eppelmann MdB als Vorsitzender der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, während einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Kirchen und Christen im Alltag der DDR“ in Dresden.

die Flucht versucht hatten, die aber dabei erwischt und anschließend verurteilt worden sind. Die extrem hohen Haftstrafen sollten bewusst abschrecken, und in den späteren Jahren der DDR dienten sie dazu den „Verkaufspreis“ gegenüber dem Westen zu steigern!

Es war ein schlimmes zweites Trauma nach dem ersten. Beim ersten Mal lautete die unmissverständliche Botschaft: Die DDR-Gesetze gelten nur dann, wenn sie den Regierenden gefallen. Und wenn den Regierenden ihre eigenen Gesetze, die sie zuvor selber unterschrieben hatten, zu schaden drohten, dann wurde man eben dafür bestraft, wenn man sie in Anspruch nehmen wollte. Das zweite Trauma erfasste dann aber tatsächlich fast alle Bürger. Und das muss ermessen, wer zu verstehen versucht, was uns als ehemalige DDR-Bürger bis heute tief geprägt, beeinflusst und zu dem gemacht hat, was wir heute sind. All das kann auch keiner von uns bis heute völlig ablegen.

Ich weiß, dass ich 46 Jahre alt war, als die DDR zu existieren aufhörte. Ich müsste jetzt schon ganz schön alt werden, um auch nur ein Jahr länger in der Demokratie zu leben als in der Diktatur, in der ich vorher gelebt habe. Das heißt, dass ich auch nach 20 Jahren, die nunmehr seit der Wiedervereinigung Deutschlands vergangen sind, mehr Lebenszeit innerhalb der Diktatur verbracht habe. Das hat mich und meine Generation maßgeblich beeinflusst, sowohl in Bezug auf das, was ich mir wünschte, als auch auf das, wovor ich Angst hatte. Wir DDR-Bürger haben in einer Gesellschaft gelebt, in der die bestimmenden Ideologen entscheidenden Einfluss darauf hatten, wer beispielsweise Abitur machen konnte, wer studieren durfte oder wer – allerdings erst sehr viel später – in dringenden Familienangelegenheiten Verwandte im Westen besuchen durfte. Andere haben darüber bestimmt, was wir lesen durften, was wir nicht lesen durften, welche Filme gespielt wurden und was im Theater

zu sehen war. Und ich weiß nicht, ob das jedem von uns deutlich geworden ist, dass wir alle – nicht nur wir DDR-Bürger, sondern auch die Polen, die Tschechen, die Ungarn oder die Menschen in der Sowjetunion – letztlich zu Flüsterern geworden sind. Wir haben uns sehr genau überlegt, wo wir tatsächlich das auszusprechen wagten, was wir tatsächlich dachten oder wünschten. Wer kann sich denn allen Ernstes vorstellen, dass solches spurlos an einem Menschen vorüber geht? Ich weiß, dass das alles nicht spurlos an uns vorüber gegangen ist. Wir haben in einer uniformierten Gesellschaft gelebt. Und damit meine ich nicht die Volkspolizei, den Staatssicherheitsdienst oder die Armee, sondern die Uniformität des Denkens und Verhaltens.

Man mache sich das heutzutage einmal klar, wenn wir in einem Land leben, in dem jedermann ein Recht darauf hat, ein anderer zu sein als der, der neben ihm sitzt, und die Chance bekommt, sich nach den eigenen Gaben und Fähigkeiten entwickeln zu dürfen: Zu Zeiten der DDR sind 95% aller Kinder in der SED Jugendorganisation gewesen. Und die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) behauptete auch ganz unverhohlen von sich selbst, dass sie die Kampfreserve der Partei SED gewesen ist. Ähnlich viele von uns sind im sogenannten „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“ gewesen. Der Chef dieses „Gewerkschaftsbundes“ ist natürlich Mitglied des Politbüros der SED gewesen und hatte nur ein Ziel und eine Aufgabe, nämlich die Beschlüsse des Politbüros und der SED in der Arbeitswelt umzusetzen. Fast 3 Millionen erwachsene DDR-Bürger waren Mitglied der SED bzw. der mit ihr eng verbundenen Blockparteien! Das sind schätzungsweise 22 – 26% aller erwachsenen Menschen in der DDR gewesen.

Wenn wir das auf die Verhältnisse in der heutigen Bundesrepublik Deutschland übertragen würden, dann wären heute 20 bis 22 Millionen Deutsche in ein- und derselben Partei. Die Gründe bzw. Beweggründe, die die Einzelnen dafür hatten, und die jeweils verschieden gewesen sind, lasse ich hierbei einmal gänzlich außer Acht.

Ich hoffe, Sie haben eine Vorstellung davon, wie viele Mitglieder die CDU, die SPD und die anderen kleineren Parteien haben? Es wird doch vernünftigerweise niemand glauben, dass das in der DDR alles normal gewesen ist. Daran waren vielmehr die Verhältnisse, in denen wir lebten, maßgeblich verantwortlich. Spätestens bei den überprüften Kommunalwahlen vom Mai 1989 wurde schließlich auch offen zutage

gelegt, was viele schon ahnten, aber keiner genau wusste. Die 99,92%, die da bei den Wahlen in der DDR herauskamen, waren natürlich gefälscht, und zwar so, wie sie immer gefälscht worden waren. Es hat in der Geschichte der DDR keine einzige korrekte Wahl gegeben. Und das, obwohl ja selbst nach den Gesetzen der „Deutschen Demokratischen Republik“ Wahlbetrug ein kriminelles Vergehen gewesen ist. Man kann also, ohne dafür bestraft zu werden, sagen: „Wir sind die ganze Zeit über von Kriminellen regiert worden.“ Dieser Satz mag vielleicht zugespitzt sein, aber er ist nicht falsch.

Wir waren in der DDR zu Flüsternern geworden, und wir hatten Jahre dafür gebraucht, um zu begreifen, dass, wenn wir uns dies alles weiterhin gefallen ließen, es für uns, unsere Kinder und Enkelkinder noch viel schlimmer kommen würde als das Schlimmste, was uns passieren könnte, wenn wir nun auf die Straße gingen und sagten: „Wir sind nicht mehr mit allem einverstanden.“ Und genau das hat Anfang der 80er Jahre dann auch in der DDR begonnen. Aber dass dies eine Bewegung werden konnte, die nicht nur einzelne Intellektuelle betrifft, sondern die auch die Massen bewegt, das war für uns, die wir uns in der kirchlichen Friedensbewegung der DDR engagierten, zu Beginn so noch nicht erkennbar.

Die Kirchen sind die einzigen gewesen, die organisatorisch und strukturell überhaupt in der Lage waren, so etwas zu ermöglichen. Und sie haben es dadurch ermöglicht, dass sie Räume zur

Die Kirchen sind die einzigen gewesen, die überhaupt in der Lage waren, eine Massenbewegung zu ermöglichen.

Verfügung gestellt haben. Die großen Kirchen hatten praktisch eigene Räume in fast allen Orten der DDR. Und es gab – manch einer wird das noch wissen – eine Veranstaltungsverordnung in der DDR, die besagte, dass jede Bürgerin und jeder Bürger der DDR Veranstaltungen und Demonstrationen durchführen dürfe. Sie oder er müsse dies nur vorher bei den zuständigen Stellen der deutschen Volkspolizei anmelden. Das blieb natürlich bloße Theorie. Aber diese Veranstaltungsverordnung sah eine Ausnahme vor: Die Kirchen verantworteten ihre Gottesdienste und Veranstaltungen selbst.

Irgendwann sind dann einige von uns auf den Gedanken gekommen, dass man Gottesdienste ja nicht bloß nach der „Agendenform A“ oder „B“ feiern müsse. Gottesdienstliche Veranstaltungen könnten doch eigentlich auch sehr unterschiedlich sein. Man könnte doch zum Beispiel Menschen, die sich zu Fragen über die Erhaltung des Friedens Gedanken machen wollten, ebenfalls zu einem Gottesdienst einladen, der mit einem biblischen Text und einer biblischen Besinnung beginnt und mit einem Gebet und einem Segenswort endet. Und dazwischen wäre dann hinreichend Raum für die freie Rede. Genau das haben wir zwischen 1982 und 1989 dann auch gemacht. Da gab es dann solche, die dazu kamen und sich mit Fragen der Ökologie befassten, und zwar nicht nur mit den Ökologiesünden in den kapitalistischen Ländern, sondern beispielsweise auch in Leuna, Bitterfeld und den Schaumkronen auf der Saale in Halle. Viele haben heute vergessen, wie fürchterlich massiv und verärgert die Regierenden darauf reagierten, als es hierfür plötzlich auf einmal eine, wenn auch zunächst im kirchlichen Raum beheimatete Öffentlichkeit gab, die sich kritisch mit dem auseinanderzusetzen begann, was es ja nach offizieller Lesart eigentlich gar nicht geben durfte.

Wir waren in der DDR zu Flüsternern geworden.

Eine Massenbewegung war es zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht. Es ist einmal gezählt worden, und man kann wohl eine Zahl von 500 bis 600 Aktiven im Raum der evangelischen Kirche benennen. Damit kann man aber sicherlich noch keine Revolution machen. Und all diese Personen sind im kirchlichen Raum auch nicht immer alle gut angesehen gewesen. Die Bilder, an die wir uns heute erinnern, sind die Bilder von den vollgefüllten Kirchen. Man muss dazu sagen, dass das



natürlich nicht in allen, sondern nur einigen Kirchen so der Fall war. Darum darf man sich auch heute nicht wundern, wenn es bei uns wieder leerer geworden ist.

Damals gab es noch zwei weitere, wichtige Einflussfaktoren. Das eine war das Westfernsehen, das nach dem 13. August 1961 noch stärker als zuvor gewaltige Bedeutung bekommen hatte. Die Leute, die ja selbst nicht raus durften, konnten so wenigstens durch das kleine Schlüsselloch von ARD und ZDF nach Drüben gucken, in die Wohnstuben, in die Fabrikhallen, in die großen Kaufhäuser der Nachbarn im Westen. Man muss sich einmal klar machen, wie es uns damals als DDR-Bürger ging. Und ich weiß nicht, ob den alten Bundesrepublikanern über die Vielzahl der Jahre überhaupt klar war, dass wir jeden Abend in ihre Wohnstuben geguckt haben – mit Ausnahme der bemitleidenswerten Leute auf Rügen oder in Dresden, die das Westfernsehen ja nicht empfangen konnten und die im sogenannten „Tal der Ahnungslosen“ saßen. Aber alle anderen – mit Ausnahme vielleicht der speziellen Berufsgruppen, die nicht durften – haben das über Jahre so gemacht. Man kann davon ausgehen, dass sich ungefähr 80 bis 90% der ehemaligen DDR-Bevölkerung

Spendenstand

Seit dem 4. Januar 2010 haben insgesamt 165 Spender 8.979,20 EUR für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de



Demonstranten 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz

ihre Informationen regelmäßig aus dem Westen geholt haben. Und ich kann mich noch gut erinnern, was ich so dachte. Wenn ich sah, wie die anderen im Westen lebten, wohin sie verreisten, was sie für Autos fuhren, was sie lesen durften oder was alles im Theater gespielt wurde, dann dachte ich immer: „Meine Güte, geht denen das aber gut!“ (Wenn ich mir heute so manche Alt-Bundesrepublikaner ansehe, dann gucken einige so, als würden sie ständig denken: „Meine Güte, geht uns das aber schlecht!“)

Ich habe mich damals gefragt: „Warum geht denen das denn so gut und mir nicht? Sind die vielleicht fleißiger als ich, sind die klüger als ich, sind die mutiger als ich, sind die einfallsreicher?“ Die Antwort war klar: Das konnte allein an den Verhältnissen liegen. Die im Westen mussten für ihre eigene Entfaltung und Umsetzung dessen, wie sie leben wollten, offensichtlich bessere Voraussetzungen haben als wir. Und dann war es nicht mehr weit, dass ich mir wünschte: „Eigentlich möchte ich solche Chancen und Möglichkeiten auch haben“. Ich glaube, heute zweifelt keiner mehr daran, dass die Fernsehgewohnheit der DDR-Bürger, Westfernsehen sehen zu können (und nicht nur das Fernsehen aus Adlershof), einen gewaltigen Einfluss auf das Bewusstsein, die Sehnsüchte und die Wünsche

der DDR-Bürger gehabt hat. Deswegen hat man ja auch versucht, genau das von Anfang an zu verhindern. Die Älteren unter uns ehemaligen DDR-Bürgern erinnern sich vielleicht noch an die kämpferischen Brigaden der FDJ, die auf die Dächer der Häuser geklettert sind und die Antennen runter geschmissen haben. Und diejenigen, denen die Antennen gehörten, trauten sich noch nicht einmal, dagegen etwas zu unternehmen, weil sie wegen des Westfernsehens ohnehin schon ein ganz schlechtes Gewissen hatten.

Schon den Erstklässlern versuchte man in der Schule zu entlocken, ob die Eltern zu Hause Westfernsehen guckten. Wir hatten unsere Kinder natürlich bereits instruiert. Wir wussten ja, dass so eine Frage kommen würde, und hatten deshalb den kleinen ahnungslosen Erstklässlern gesagt: „Wenn die Frage kommt, ob bei euch zu Hause Westfernsehen geguckt wird, dann antwortet Ihr natürlich mit Nein!“ (Was geht wohl in so einem kleinen Kind vor, wenn die Eltern sagen, dass es lügen soll? Ich gestehe, dass ich nicht weiß, ob wir uns das immer selbst klar gemacht haben.) Die Lehrer hatten natürlich auch bald mitbekommen,

Heute zweifelt keiner mehr daran, dass die Gewohnheit der DDR-Bürger, Westfernsehen zu sehen, einen gewaltigen Einfluss auf ihre Sehnsüchte und Wünsche hatte.

dass die Sechsjährigen ihnen etwas Einstudiertes vortrugen. Was haben sie also gemacht? Sie sagten: „Kinderchen, wir zeichnen heute mal die Fernsehuh!“ Da haben die Sechsjährigen natürlich die Fernsehuh gezeichnet, die sie gesehen hatten, ohne natürlich zu ahnen, welche aus dem Westen und welche aus dem Osten stammte.

Es ist meiner Meinung nach bisher noch nicht hinreichend darüber nachgedacht worden, was das alles für uns, unsere Seele, unsere Würde, unser Rückgrat und unsere Zivilcourage bedeutet hat! Und dabei muss ich zugebenermaßen auch an die vielen hundert Menschen denken, denen ich im Laufe meiner Zeit als Pfarrer in der Samaritergemeinde immer wieder begegnet bin und die zu mir gesagt haben: „Ich halte es jetzt einfach nicht mehr aus! Ich bin jetzt Mitte Vierzig und weiß, dass ich die nächsten 20 Jahre jeden Tag ein- und denselben Handschlag und genau dasselbe Ding machen muss. Ich habe hier keine Chance mehr, mich zu verändern, zu verbessern und zu entwickeln. Es sei denn, ich müsste in eine dieser Parteien eintreten. Aber das will ich nicht. Sagen Sie mir bitte, wie ich hier rauskomme!“ Ich habe natürlich nicht jedem helfen können. Aber verstanden habe ich jeden von ihnen. Und ich bin auch davon überzeugt, dass ein solcher Wunsch nichts Unanständiges bedeutete. Ich denke in diesem Zusammenhang auch beispielsweise an einen ostdeutschen Taxifahrer, zu dem einmal ein westdeutscher Oberlehrer zustieg, und ihn dann fragte, wem denn das Taxi gehöre? Der antwortete, dass es ein Volkseigenes wäre. Und da sagte der westdeutsche Oberlehrer: „Na, Mensch, das ist aber schön, dass Sie nicht

für Ihren Chef fahren müssen, sondern dass sie ein Auto fahren können, dass Ihnen selber gehört! So werden Sie wenigstens nicht so ausgebeutet wie bei uns!“ Daraufhin kratzte sich der Taxifahrer hinterm Ohr und antwortete: „Ach, wissen sie, soweit ich weiß, verdienen die Taxifahrer in Westberlin dreimal so viel wie ich. So würde ich mich auch gerne mal ausbeuten lassen!“

Erinnern wir uns bei solchen Beispielen auch, welchen ideologischen, „wissenschaftlichen“ Anspruch die DDR und alle anderen sozialistischen Länder erhoben hatten, mit dem dann begründet wurde, warum man im Interesse der Menschen die Gesellschaft so aufbauen müsse, wie sie eben aufgebaut war. Man behauptete die sozialistischen Gesellschaften wären

die erfolgreicheren, die ökonomisch besseren und effizienteren. All dies beruhte auf der These, dass die befreiten Massen, also wir alle, viel einfallreicher, viel fleißiger, viel intensiver, viel erfolgreicher und viel effizienter arbeiten würden, als diejenigen, die für private Unternehmer arbeiten mussten. Deswegen würden die Arbeitsproduktivität und die Effektivität in den sozialistischen Gesellschaften viel höher sein. Die Realität sah dann in Wirklichkeit aber ganz anders aus: Diesem Anspruch konnte keines der sozialistischen Länder auch nur an einem einzigen Tag jemals nachkommen. Darum gab es auch immer mehr von denen, die nicht mehr ans sozialistische Paradies glaubten.

Und dann kamen die Dinge plötzlich ins Rollen. Erinnern wir uns an die Bilder von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, der „Hauptstadt der DDR“! Es muckte auf einmal auf in den sozialistischen Ländern: Im Sommer 1989 zerschnitten der österreichische und der ungarische Außenminister symbolisch den Stacheldraht an der Grenze zu Ungarn und Österreich. Allein in der Zeit von Juli 1989 bis zum 9. November 1989 verließen über 300 000 DDR-Bürger auf diesem Weg den deutschen Arbeiter- und Bauernstaat. Insgesamt waren das in der Zeit vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum 9. November 1989 übrigens fast 4 Millionen DDR-Bürger. Dies war nach dem Zweiten Weltkrieg die größte Flüchtlingsbewegung, die es gegeben hat. Warum wohl? Ist das etwa damit erklärbar, dass es für normale Menschen wie uns keinen klaren Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie gegeben hätte?

Dann kamen die beiden großen Gruppen zusammen: Die einen, wie zum Beispiel wir aus der evangelischen Samariertergemeinde, die bewusst sagten: „Wir wollen hierbleiben und die DDR bunter, offener und menschlicher machen.“ Und die anderen, die sagten: „Ich glaube nicht mehr, dass dieser Staat bunter, offener, menschlicher werden kann.“ Diese beiden Gruppen verbündeten sich dann. Exemplarisch wurde dies in Leipzig deutlich. „Montagsdemonstrationen“ nannte man das nachher. Zunächst waren das zunächst nur kleine gottesdienstliche Veranstaltungen. Die Zahl wuchs dann aber im Sommer 1989 so an, dass in der Nikolaikirche nicht mehr alle einen Platz fanden und eben draußen stehen mussten. Irgendjemand kam dann schließlich auf den grandiosen Gedanken: „Lasst uns

doch jetzt etwas gemeinsam machen mit denen, die drinnen sitzen, und denen, die da draußen vor den Lautsprechern sind. Lasst uns nach dem Gottesdienst noch eine Wegstrecke gemeinsam gehen!“ Und dann sind die ein paar Schritte auf dem Leipziger Ring gemeinsam gelaufen. Ohne Plakat, ohne irgendeine Rede sind sie einfach nur gelaufen. Es gibt Filmaufnahmen davon, wie die vielen Menschen einfach nur liefen.

Und dann waren es am 2. Oktober 1989 zum ersten Mal 10 000 Menschen. Und diese 10 000 liefen an dem Abend los, wohlgermerkt ohne zu wissen, was mit ihnen passieren würde! Als sie ihre Wohnung verließen, war ihnen nicht klar, ob sie an demselben Abend noch heil und munter zurückkommen oder ob sie überhaupt zurückkommen würden. Honecker meldete sich an diesem Tag wieder gesund, obwohl er krebskrank war. Er tobte, als er das dann alles mitbekam, und wies Krenz an, der für Sicherheit, Kirche und Jugend zuständig war, dass er solches sofort zu unterbinden habe.

Von Seiten des DDR-Regimes hatte man nun Sorge, dass die Zahl der Demonstranten steigen würde. Folglich bereitete man sich darauf vor, dass dies am **9. Oktober 1989** das letzte Mal passiert. Man rechnete jetzt ungefähr mit 30 000 Personen. In den Zeitungen wurde die volle Propaganda aufgeboten, und Kampftruppenkommandeure gaben Interviews nach dem Motto: „Wir werden die Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik mit der Waffe in der Hand verteidigen“. Die Krankenhäuser und medizinischen Einrichtungen in Leipzig und Umgebung wurden größtenteils leer geräumt. Blutkonserven wurden in einem bisher nicht dagewesenen Maße in den medizinischen Einrichtungen gelagert und militärische Kräfte zusammengezogen. Und dann kam der 9. Oktober. Der für den Einsatz verantwortliche Oberst für die Sicherheit rief die zuständigen Bezirke an und wollte von ihnen hören, was er machen sollte, da die Zahl der Montagsdemonstranten die 30 000 bei weitem überschritten hatte. Die waren davon völlig überrascht, es überforderte sie schlichtweg, denn sie hatten sich auf solche Zahlen nicht vorbereitet. Dann erreichte er Krenz. Krenz war schockiert, als der Oberst ihm mitteilte, dass es nun nicht 30 000, sondern 60 000 bis 70 000 Menschen wären. Dann antwortete Krenz,

dass man darüber erst beraten müsse, und der Oberst saß erst einmal mit seinem Problem alleine da. Als Krenz dann endlich zurückrief, war der Gottesdienst schon seit einer Stunde vorbei, und die letzten der 70 000 waren bereits komplett um den Leipziger Ring herum gelaufen.

Diesen Tag kann man, wenn man will, als Wende bezeichnen, und zwar als Wende im Verhalten der staatlichen Organe. Von diesem 9. Oktober an haben die staatlichen Stellen der DDR nicht mehr versucht, mit Gewalt gegen die Demonstranten vorzugehen, sondern versuchten es auf viel subtilere Art, nämlich mit einem neuen Reisegesetz. Man nahm an, wenn wir alle zwar nicht das freie Recht zu reisen hätten, wohl aber zumindest schon mal einen Antrag dafür stellen könnten, würde das schon zur Entspannung der Lage ausreichen. Dann würden wir alle bereits so glücklich sein, dass wir nicht mehr auf der Straße demonstrieren müssten. Die Führung ging davon aus, dass, wenn ein Teil der DDR-Bürger fahren dürfte, eventuell 2 oder 3 Millionen für immer im Westen bleiben würden. Das hatten sie einkalkuliert. Das war nicht optimal, aber man sagte sich: „Über 12 Millionen zu regieren ist ja immer noch besser als gar nicht zu regieren“.

Es gibt einen treffenden Ausspruch vom großen Václav Havel, der nicht nur für die tschechische Bevölkerung, sondern auch für uns zutrifft: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht“. Und wir haben das große Glück gehabt, dass alles unvorstellbar gut ausging. Wenn uns beispielsweise noch ein Jahr vorher, 1988, jemand vorhergesagt hätte, wo wir Ende des Jahres 1989 stehen würden, hätten wir ihn wohl für verrückt oder für völlig weltfremd erklärt. Alles verlief praktisch friedlich und ohne Gewalt. Nicht ein Mensch musste diese Revolution mit seinem Leben bezahlen. Wenn man sich die politische Landkarte Europas spaßeshalber mal anhand eines Schulatlanten verdeutlicht, der noch bis zum Sommer 1989 gültig war, und dann mit demjenigen vergleicht, der nur kurze Zeit nach ihm gedruckt werden musste, dann könnte man denken, dass zwischen beiden ungefähr 200 Jahre liegen. Es sind aber in Wirklichkeit bloß 200 Tage gewesen. Aber diese 200 Tage haben die politische Landkarte Europas grundlegend verändert!

Deutschland ist heute das erste Mal in seiner Geschichte ein Staat mit einem Territorium, das von keinem Staat infrage

gestellt wird. Wir sind umgeben von Freunden und Nachbarn, die zwar in manchen ökonomischen und manchmal auch politischen Fragen unsere Konkurrenten sein mögen. Aber wir Deutschen haben in unserer gesamten bisherigen Geschichte noch niemals zuvor in so gesicherten Grenzen und Verhältnissen gelebt.

Einigkeit und Recht und Freiheit gelten heute für alle Deutschen und nicht mehr wie zuvor nur für die 62 Millionen im Westen, während die anderen 17 Millionen im Osten von außen durch das kleine Schlüsselloch von ARD und ZDF schauen müssen. Einigkeit und Recht und Freiheit gelten für alle, mit all den Hoffnungen und Wünschen, die vielleicht nicht in Erfüllung gegangen sind und all den Problemen und Schwierigkeiten, die es heute gibt. Wir wissen heute, mit dem Abstand von 20 Jahren, dass wir die Größe der Aufgabe, die vor uns lag, vergleichbare Lebensbedingungen und Lebenschancen in allen Bereichen in Deutschland herzustellen, um ein Vielfaches unterschätzt haben. In vielen Dingen sind wir heute eben naturgemäß schlauer als noch vor 20 Jahren. Wir haben unsere eigenen Möglichkeiten überschätzt, und wir haben unterschätzt, wie viel Zeit, Kraft und Ressourcen wir für diese große Aufgabe bis heute benötigen. Aber dennoch sollten wir uns immer wieder klarmachen, was wir gemeinsam bereits alles erreicht haben. Wenn wir heute die Tschechen, Polen, Ungarn, Österreicher, Franzosen, Engländer oder Skandinavier fragen, wie sie es einschätzen, wie wir Deutschen – ob nun nun in Merseburg oder in Hannover – mit den Herausforderungen und Problemen umgegangen sind, werden ihnen fast alle antworten: „Erstaunlich gut.“ – Die einzigen, die manchmal den Eindruck vermitteln, dass es nicht so besonders gut gelaufen sei, sind selbstsamerweise wir selbst!

Die DDR-Bürger haben sich selbst demokratisiert. Ohne sie wäre es nicht gelaufen. Genauso war es auch bei den Polen, bei den Ungarn und bei den Tschechen. Aber auch diejenigen, die Bürger der alten Bundesrepublik waren, haben einen großen Anteil daran, dass die Nachbarn in Europa schließlich ja gesagt haben zu einem wiedervereinten Deutschland. Die Erfahrungen, die man in Europa in den letzten 100 Jahren mit uns gemacht hat, waren ja nicht immer die besten. Und dass sie trotzdem ja gesagt haben, war eigentlich der größte Erfolg in der Mitte Europas. Das hing damit zusammen, dass die alten Bundesrepublikaner in der Zeit ihrer Existenz von 1940 – 1989 bewiesen hatten: Deutsche können auch



„20 Jahre deutsche Einheit“

Rainer Eppelmann beim EAK in Merseburg

Selbst bestimmtes Denken und aktives Handeln zunächst einiger und später einer Vielzahl von Menschen in der DDR führten einen Wandel herbei, welcher sich letztlich in der deutschen Einheit manifestierte. Dieser geschichtsträchtige Prozess löst auch heute noch vielfach starke Emotionen aus, denn er betraf unzählige Menschen und deren Lebensplanungen. Völlig zu Recht wird in diesem Jahr – 20 Jahre später – der friedlichen Revolution von 1989 und der Deutschen Wiedervereinigung von 1990 gedacht. Aus diesem Anlass hatten der EAK-Landesvorstand Sachsen-Anhalt und die Senioren Union des Saalekreises zu einer Veranstaltung ins Ständehaus Merseburg eingeladen, zu der der bekannte **DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann** als Referent gewonnen werden konnte und an der auch **EAK-Bundesgeschäftsführer, Pastor Christian Meißner**, teilnahm.

Der stellvertretende **EAK-Landesvorsitzende Sachsen-Anhalts, Prof. Dr. Wolfgang Merbach**, würdigte in seiner Einführung die Rolle Eppelmans als DDR-Oppositioneller, als Minister für Abrüstung und Verteidigung in der Regierung Lothar de Maizières und insbesondere seine Verdienste als Vorsitzender der Enquêtekommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur.

Rainer Eppelmann betonte – und dies zog sich auch wie ein roter Faden durch die anschließende Diskussion, dass diese Demokratie durch das Engagement jedes Einzelnen mit gestaltet werden muss, wenn die (vielen) Probleme der Zukunft bewältigt werden sollen. Alles in allem ein gelungener Abend, so brachten es der **Landrat des Saalekreises, Frank Bannert**, der **Oberbürgermeister Merseburgs, Jens Bühligen**, und der **Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Diepenbrock**, abschließend auf den Punkt.

Demokraten, können auch gute Nachbarn und verlässliche Partner sein. Und nur dies beides zusammen, die Selbstbefreiung und das beispiellose Verhalten der Bundesrepublik als freiheitlich-demokratischer und sozialer Rechtsstaat, hat es uns ermöglicht, dass mit den Jahren 1989 und 1990 der Zweite Weltkrieg erst wirklich zu Ende gegangen ist.

Dieses Datum sollten wir daher mit Würde und mit Stolz erinnern. Es wurde Entscheidendes und Gewaltiges in den letzten 20 Jahren geleistet. Wir leben jetzt alle in einer Demokratie, mit all

den Schwierigkeiten und Problemen, aber auch mit all ihren Chancen und Möglichkeiten. Helfen wir also den später Geborenen, dass sie eine Chance haben, sich in Gegenwart und Zukunft sehr bewusst für Demokratie und gegen Diktatur zu entscheiden!



Rainer Eppelmann
ist seit 1998 Vorsitzender der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und war letzter Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR.



Zum 100. Geburtstag Dr. Gerhard Schröders

| Dr. Peter Egen

Bischof Hermann Kunst bezeichnete Dr. Gerhard Schröder einmal als einen Christen, dessen Nüchternheit sich durch Klarheit und Selbstbeherrschung ausweise und dass eben dies bei der Wahrnehmung aller seiner Verantwortung zu beobachten sei. Eine treffendere Schilderung der Wesenszüge des Menschen und Politikers Gerhard Schröder, der am 11. September 1910 in Saarbrücken geboren wurde, kann man sich kaum denken. Bedingt durch die beruflichen Stationen seines Vaters erlebte die Familie mehrere Wohnortwechsel, wobei die Schulzeit des Sohnes mit dem Abitur in Trier zu Ende ging. Im Anschluss hieran studierte Schröder Rechtswissenschaften in Königsberg, Edinburgh, Berlin und Bonn. In seiner Studienzeit stand er der Deutschen Volkspartei nahe – in seinen späteren Berufsjahren am Ende der Weimarer Republik war er am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Berlin tätig. Seine Erlebnisse und Erfahrungen während

der Zeit des Nationalsozialismus waren Antrieb für sein politisches Engagement in der Zeit nach 1945.

In der Ära des Dritten Reiches war er – der aus einem bewusst evangelischen Elternhaus mit sonntäglichem Gottesdienstbesuch stammte – Mitglied der Bekennenden Kirche. Als er 1934 – im selben Jahr übrigens als die Barmer Bekenntnissynode stattfand – seine spätere Frau Brigitte Landsberg kennenlernte – ahnte Schröder bereits die im nationalsozialistischen System zu erwartenden Schwierigkeiten im Hinblick auf die später dann im Jahre 1941 geschlossene Ehe, die der Genehmigung des Reichskriegsministeriums bedurfte, da Vorfahren von Schröders Frau nicht arischer Herkunft waren. Seine persönliche Gradlinigkeit, die das Treueverhalten mit einschloss, war in Familie und Gesellschaft für ihn in jungen Jahren bereits

selbstverständlich und prägte ihn während seines ganzen Lebens.

Oft wurde Gerhard Schröder in späteren Jahren als der Protestant bezeichnet, der sich den Grundwerten preußischer Prägung in besonderem Maße verpflichtet fühlte. 1945 kämpfte er als Obergefreiter – eine höhere Beförderung

Oft wurde Gerhard Schröder als der Protestant bezeichnet, der sich den Grundwerten preußischer Prägung in besonderem Maße verpflichtet fühlte.

wurde ihm auf Grund seiner Heirat verweigert – mit bei der letzten Schlacht um Berlin. Er selbst hat später einmal beziehungsweise

1945 den Untergang Preußens in dem Moment miterlebt, als er Zeuge wurde, wie die Potsdamer Garnisonskirche niederbrannte.

Nach kurzer Gefangenschaft kehrte er im Juni 1945 zu seiner Familie nach Hamburg zurück. Doch schon nach wenigen Monaten wechselte er in die Ministerialbürokratie nach Nordrhein-Westfalen über, wobei es zu seinen besonderen

Aufgaben gehörte, Vorschläge zur Neuordnung der Grundstoffindustrie zu erarbeiten, so dass man später zu Recht von Gerhard Schröder als einem der Väter der Mitbestimmung sprach.

Diese Tätigkeit im politischen Bereich faszinierte ihn und so verwundert es nicht weiter, dass er sich 1949 bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag als CDU-Kandidat um den Wahlkreis Düsseldorf-Mettmann bewarb und auch direkt gewählt wurde. Damit fand der bewusste Eintritt Gerhard Schröders in die deutsche Nachkriegspolitik statt und bereits vier Jahre später – nämlich 1953 – wurde er Nachfolger Lehrs als Bundesminister des Inneren. So begann der politische Aufstieg und die Zeit als Bundesminister, in verschiedenen Bereichen, die erst mit dem Beginn der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 endete.

Seine protestantischen Wurzeln waren sicherlich mit ein Grund für sein Engagement im Evangelischen Arbeitskreis der Unionsparteien, den er bereits unter Hermann Ehlers tatkräftig unterstützte. Als zur offiziellen Gründung des Arbeitskreises im März 1952 nach Siegen eingeladen wurde, war Gerhard Schröder als Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB) mit dabei. Er gehörte zu den Persönlichkeiten aus dem Bereich der CDU, die während dieser ersten Tagung an über 30 Orten des Siegerlandes zu dem Leitthema „Unsere Verantwortung für Volk und Vaterland“ sprachen, wobei Gerhard Schröder hierzu abends im Hotel Kliebe in Neunkirchen referierte. Seine Teilnahme an der offiziellen Geburtsstunde des Evangelischen Arbeitskreises in Siegen bedeutete zugleich seine Einbindung in dessen weitere Tätigkeit.

Wenn auch Gerhard Schröder nicht direkt im Anschluss an die Siegerner Tagung zu dem engeren Führungszirkel des EAK gehörte, so änderte sich die Situation nach dem kurz aufeinander folgenden Tode der beiden ersten Bundesvorsitzenden des EAK, Hermann Ehlers (gestorben 1954) und Robert Tillmanns (gestorben 1955).

Am 1. Dezember 1955 wurde dann Gerhard Schröder in Abwesenheit zum Bundesvorsitzenden des EAK gewählt – wenige Tage später nahm er nach Rücksprache mit Konrad Adenauer die Wahl an und setzte damit für insgesamt 23 Jahre an der Spitze des EAK wichtige Akzente im politischen Miteinander von Christen beider Konfessionen.

Starke Unterstützung fand Schröder dabei über 13 Jahre – nämlich bis 1968 – in seinem damaligen Bundesgeschäftsführer **Hans Strümpfel**, der mit großem persönlichen Elan die Arbeit des EAK sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene

vorantrieb. Mit Gerhard Schröder stand damit weiterhin ein Kabinettsmitglied an der Spitze des EAK, dessen uneingeschränkte Autorität als Innenminister, später dann als Außen- und Verteidigungsminister dem EAK eine starke Stellung in der Gesamtpartei verlieh. Auf den großen, jährlichen Bundestagungen des Arbeitskreises waren die Reden Schröders und weiterer Führungskräfte der CDU/CSU ein sichtbares Zeichen der politischen und geistigen Kraft des EAK. Dabei ging es ihm nie darum, personelle Entscheidungen überwiegend konfessionell zu beeinflussen – vielmehr stand die Frage der Beteiligung evangelischer Christen im Rahmen der Politik der Unionsparteien im Vordergrund des Handelns. Im Laufe der Jahre hatte sich unter Schröder im Vorstand des EAK ein Kreis der bekanntesten evangelischen CDU/CSU Vertreter zusammengefunden. Hier sei nur auf einige wenige Namen aus dem geschäftsführenden Vorstand hingewiesen, die auch heute nach ihrem Tode noch bekannt sind. Mit **Kai-Uwe von Hassel**, der übrigens aus Überlastung 1955 die Nachfolge **Robert Tillmanns** als EAK Bundesvorsitzender ablehnte, aber auch mit **Werner Dollinger**, **Wilhelm Hahn**, **Elisabeth Schwarzhaupt**, **Gerhard Stoltenberg** und **Walter Strauß** hatte Gerhard Schröder einen Vorstand aufgebaut, der in Loyalität und Mitarbeit zur Stärkung der Arbeit beitrug.

Dr. Gerhard Schröder war ein Politiker, dessen strategisches Denken weit über den Tag hinausging. Bekannt als Nordatlantiker setzte er sich unermüdlich für eine enge Bindung an die USA ein, um so gestützt aber auch den Vorhang nach China zu öffnen. Die heutigen Beziehungen der Bundesrepublik zu China sind in wesentlichen Bereichen der verdienstvollen Weitsicht Gerhard Schröders zuzuordnen.

Trotz aller Bestrebungen des Bundesvorstandes und der Geschäftsführung des EAK war es über Jahrzehnte – und das gilt bis auf den heutigen Tag – immer wieder ein Problem, den evangelischen Bevölkerungsteil an die Unionsparteien heranzuführen.

Unter dem Vorwand „nach der Konfession fragt doch heute keiner mehr“ wurden Vorbehalte gegen die Tätigkeit des EAK – auch in den Unionsparteien selbst – aufgebaut. So zeigte es sich zum Beispiel bei der Bundestagswahl 1976, dass es nicht gelungen war, evangelische Bevölkerungsschichten in verstärktem Umfang für die Unionsparteien zu gewinnen. Hinzu kam die berechtigte Sorge,

dass die Zahl der kirchlich gebundenen Menschen in unserem Lande stark abnimmt.

Diese Gefahr erkannten auch Gerhard Schröder und der EAK-Bundesvorstand. So kam es 1976 zu der Institutionalisierung von regionalen Gesprächskreisen, die sich besonders an kirchliche Mitarbeiter wandten. Aus der Vielzahl dieser Veranstaltungen sei auf die „Schloß-Burger Gespräche“, sowie auf die in Freiburg und Simmern im Hunsrück hingewiesen. Zugleich legte Schröder weiteren Wert auf die aktive Präsenz des EAK auf den Kirchentagen, die 1969 mit dem Stuttgarter Kirchentag begann und bis heute ein wichtiger Teil der EAK-Arbeit ist.

Sein klares Denken, sein konservativ-liberales Weltbild, seine innere, religiöse Einstellung und das nicht zu unterschätzende Gefühl für die Entwicklung zukünftiger politischer Entwicklungen gehörten mit zu den Triebfedern seines politischen Handelns. In den von ihm mit erarbeiteten „Pforzheimer Thesen

des Arbeitskreises“ aus dem Jahre 1972 heißt es „– dass wir wissen, dass das Reich Gottes in der Geschichte nicht verwirklicht werden kann, weil es keine voll-

kommenen Menschen gibt und alle Lösungen vorläufig bleiben müssen.“ Und weiter heißt es in diesen Thesen: „Wer den gesellschaftlichen Fortschritt will, muss den politischen Radikalismus konsequent bekämpfen, denn Opportunismus führt zum Verlust der Freiheit.“

Gerhard Schröder war ein unerschrockener Streiter für unseren Rechtsstaat – sein politisches Denken war geprägt von der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit. Diese in voller Breite zu erleben war ihm nicht mehr vergönnt – er starb am 31.12.1989 in seinem Kampener Haus auf der Insel Sylt. Wenige Tage später wurde er im Kreise seiner Familie, seiner Freunde und politischen Weggefährten auf dem Friedhof von Keitum beigesetzt.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat Gerhard Schröder viel zu verdanken. An seinem 100. Geburtstag gedenkt er seiner, seinen Leistungen und seines konsequenten Eintretens für einen auf christlichen Fundamenten stehenden Rechtsstaat.



Dr. Peter Egen

war von 1968-1979
Bundesgeschäftsführer
des EAK der CDU/CSU
und ein enger Vertrauter
Dr. Gerhard Schröders.



Der Afghanistan-Konflikt in der kirchlichen Diskussion

Gibt es tragfähige friedensethische Kriterien?

| Gerhard Arnold

Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr befindet sich längst in einer politischen Legitimationskrise. Nach über acht Jahren des militärischen Engagements internationaler Truppen ist das Land am Hindukusch von leidlicher Sicherheit, passabler Regierungsführung und wirtschaftlichem Aufschwung in der Fläche noch weit entfernt, ungeachtet beachtlicher Fortschritte beim Wiederaufbau der Infrastruktur, des Gesundheits- und Bildungswesens. Die korrupte Zentralgewalt, marodierende Banden der vermeintlichen Nationalpolizei, sowie tiefe Enttäuschung über die internationalen Truppen, die nach wie vor jährlich über tausend zivile Opfer bei Militäroperationen produzieren, haben den Taliban einen Zulauf aus den paschtunischen Stammesgebieten verschafft und zusätzlich eine nicht-religiöse Aufstandsbewegung gegen die Karsai-Regierung und ihre Unterstützer hervorgerufen. In

Teilen Afghanistans – um nicht zu übertreiben – herrscht ein moderner Guerillakrieg hoher Intensität (kein Krieg im üblichen Sinn), der von den Taliban ohne geringste Rücksicht auf das humanitäre Völkerrecht geführt wird. In diesen Kleinkrieg ist die Bundeswehr seit mindestens zwei Jahren hineingezogen und muss mit vielfach unzulänglicher Ausstattung darauf mit Waffengewalt reagieren.

Immer mehr Menschen in unserem Land fragen: Wofür halten unsere Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Norden Afghanistans Tag für Tag ihren Kopf hin? Wofür erleiden sie Tod, Verwundung und seelische Traumatisierung in steigender Zahl? Wenn die Erfolgsaussichten auch des deutschen militärischen Engagements immer ungewisser werden, dann bricht die politische Legitimation des Auslandseinsatzes weg, zumal inzwischen etwa 71% der deutschen

Bevölkerung die Truppe sofort zurückholen möchten.

Abgestufte Legitimation für militärische Missionen.

Die Frage nach der ethischen Legitimation militärischer Gewalt gehört zur alten Tradition der kirchlichen Lehre vom gerechten Krieg und hat 1993 im deutschen Protestantismus unerwartete neue Bedeutung erhalten. Die deutsche Beteiligung am internationalen Einsatz in Somalia zur Beendigung von Bürgerkrieg und Hungerkatastrophe, kurz danach in Kroatien, hat die Frage nach der Legitimation sogenannter humanitärer Interventionen aufgeworfen.

Die Diskussion ist inzwischen weiter vorangeschritten, erzwungen durch die weltweite Bedrohung vonseiten des internationalen Terrorismus. Um zu verhindern, dass Afghanistan erneut zum

großen Planungs-, Ausbildungs- und Rekrutierungsraum für den Al-Qaida-Terrorismus wird, beteiligt sich die Bundeswehr seit Jahresbeginn 2002 mit steigendem Engagement an der Sicherheitspräsenz im Land.

Die nach wie vor sehr wichtige Friedensschrift der EKD von 1994 „Schritte auf dem Weg des Friedens“ schreibt grundsätzlich: „Die Benutzung militärischer Macht ist umso weniger zu vertreten, je weiter sie sich von Notwehr oder Nothilfe entfernt und je mehr sie ausgeweitet wird, d.h. nicht nur Waffen, sondern auch Menschen, nicht nur militärische Einrichtungen, sondern unterschiedslos alles zu zerstören beginnt.“ (S. 16).

Man kann also von einer abgestuften Legitimation für militärische Einsätze sprechen. Typische Blauhelm-Missionen der UNO ohne Kampfauftrag, wie sie z.B. seit über 30 Jahren auf der Insel Zypern, im Niemandsland zwischen den beiden lange verfeindeten Inselteilen, laufen, sind demnach aus friedensethischer Sicht gänzlich unproblematisch, dienen sie doch ausschließlich der Überwachung eines stabilen Waffenstillstands. An das Afghanistan-Szenario von heute mit deutscher Beteiligung hat damals aber noch niemand zu denken vermocht. Hier liegt tatsächlich ein ernstes Problem im Sinne der abgestuften Legitimation: Der Sicherheitsunterstützungseinsatz der NATO für die afghanische Regierung – das bedeutet ISAF (International Security Assistance Force) – ist durch die paschtunische Aufstandsbewegung und den ausgeweiteten Guerilla-Kampf der Taliban enorm erschwert worden und hat den zivilen Aufbau (durch vielfaches Chaos ohnehin behindert), der gerade von der Bundeswehr gefördert werden sollte und auch gefördert wurde, stark zurückgedrängt. Aus kirchlicher Perspektive ist es darum angezeigt, die schleichend vollzogene Veränderung des ursprünglichen Mandats von der Sicherheitsunterstützung hin zur tagtäglichen Selbstverteidigung und einer Aufstandsbekämpfung auf der Basis der eigenen Kriterien kritisch zu befragen. In der gegenwärtigen Lage im Verantwortungsbereich der Bundeswehr, unter den Bedingungen des Guerillakampfes, muss nämlich der Schutzauftrag für die Bevölkerung zwangsläufig zurücktreten; durch die Kampfhandlungen entstehen zudem gegen alle Absicht immer wieder Opfer unter unbeteiligten Landesbewohnern. (Von Zivilisten sollte man in einem Gebiet, in dem jede Familie bewaffnet ist, nicht sprechen).

Die zugespitzte Konfliktlage im Norden Afghanistans spätestens seit 2008 hat

in der evangelischen Kirche immer wieder zu Äußerungen geführt, die die Legitimation des Einsatzes in Frage gestellt haben. Besonders hervorgetreten ist die letzte Ratsvorsitzende der EKD, Bischöfin Dr. Margot Käßmann, die in ihrem viel beachteten Presseinterview in der Berliner Zeitung vom 24. Dezember 2009 unter anderem gesagt hat: „Es mag Kriterien geben, mit denen man einen Krieg rechtfertigen kann, was mir schon schwer fiel. Aber nach diesen Kriterien ist das, was in Afghanistan geschieht, in keiner Weise zu rechtfertigen.“

In der evangelischen Kirche ist bislang eine genauere Beschäftigung mit der obigen Behauptung ausgeblieben, die militärischen Operationen der ISAF und damit auch der Bundeswehr seien nach den kirchlichen friedensethischen Kriterien nicht zu rechtfertigen. Deshalb soll der Frage nun erstmals genauer nachgegangen werden, wie der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr anhand publizierter ethischer Kriterien einzuschätzen ist. So hat der evangelische Militärbischof Dr. Martin Dutzmann auf der EKD-Synode in Würzburg am 2. Mai 2009 angeregt, die Kriterien rechtserhaltender Gewalt in der Friedensdenkschrift der EKD auf Afghanistan anzuwenden, so dass sich die Kirche „hier deutlicher äußern [kann], als sie es im Augenblick tut.“

Die Beurteilung eines laufenden Einsatzes

Der deutsche militärische Einsatz in Afghanistan ist als erstes Langzeit-Engagement aus den eingangs genannten Gründen in der Kritik, obwohl der Bosnien-Einsatz schon deutlich länger, nämlich bereits über 14 Jahre läuft. Sucht man in der Friedensdenkschrift nach Beurteilungskriterien für die Frage, ob man ihn abbrechen soll oder nicht, so läuft man schon deshalb ins Leere, weil dieses Dokument die Ausstiegs-Perspektive noch gar nicht kennt. Was ist vor Beginn eines militärischen Einsatzes zu bedenken? Das ist die Fragestellung der Denkschrift. Geht es um die Beurteilung eines laufenden Einsatzes, so stellen sich andere Entscheidungsfragen: Verstößt Deutschland (und seine Partner, die auch schnell aussteigen wollen) gegen verbindlich gegebene Hilfszusagen? Schädigt Deutschland durch eventuell isoliertes Vorgehen seine politische Glaubwürdigkeit und damit seine Vertrauensstellung in Europa oder im Atlantischen Bündnis? Schädigt Deutschland die europäische Reputation

als international handlungsfähiger Akteur in Krisen und bewaffneten Konflikten?

Das sind politische Fragen von erheblichem Gewicht.

Die gegenwärtige Hauptfrage beim Für und Wider eines weiteren Militäreinsatzes in Afghanistan lautet bei fast allen poli-

tischen Diskutanten: Welcher Schaden entstünde für die Menschen in Afghanistan durch einen schnellen Abzug aller Truppen noch in diesem Jahr? Die durchgehende Antwort lautet (mit Ausnahme der LINKEN und ihrem Klientel): Der Schaden wäre verheerend und würde mit größter Wahrscheinlichkeit alle bisherigen Aufbau-erfolge zunichte machen.

Die Friedensdenkschrift kann bei der Beantwortung der aktuellen politischen Fragen nach Fortsetzung oder Abbruch der militärischen Mission keine wirkliche Hilfestellung geben, was man ihr nicht vorwerfen kann. Niemand kann von ihr erwarten, dass sie ein politisches Rezeptbuch für alle möglichen Krisen und bewaffneten Konflikte abgibt. In Kenntnis dieses Sachverhaltes sollte aber von kirchlichen Amtsträgern die eingeschränkte Tauglichkeit der Denkschrift für die Beurteilung des laufenden Afghanistan-Einsatzes realistisch veranschlagt und nicht mit unerfüllbaren Hoffnungen auf klare Antworten befrachtet werden.

Die friedensethischen Kriterien der EKD-Friedensdenkschrift

Die Friedensdenkschrift vom Oktober 2007 hat die klassischen Kriterien aus der alten Lehre vom gerechten Krieg vorgestellt und entfaltet. Diese sechs Kriterien lauten:

- **Erlaubnisgrund** – schwerste Übergriffe von Gewalttätern auf das menschliche Leben
- **Autorisierung** – Bindung des Einsatzes an die Herrschaft des Rechts (Völkerrecht)
- **Richtige Absicht** – Abwehr eines gegenwärtigen Angriffs und Zielorientierung
- **Verhältnismäßigkeit der Folgen** – Gewalt darf nicht zu schlimmerem Übel führen
- **Verhältnismäßigkeit der Mittel** – Leid und Schaden muss auf Mindestmaß begrenzt bleiben
- **Unterscheidungsprinzip** – Unbeteiligte Personen sind zu schonen
Hinzu kommt die „ultima ratio“ als siebter Grundsatz:
- **Äußerstes Mittel** – Gewalt erst nach Auslotung milderer Mittel vertretbar

Diese sieben friedensethischen Grundsätze bedürfen auch gegenwärtig keiner weiteren Begründung, weil sie ganz in der Tradition christlicher Ethik des Politischen liegen, zudem längst Bestandteil des alle Staaten bindenden Völkerrechts geworden sind und damit ihre alte Verbindung mit der Lehre vom gerechten Krieg, die inzwischen überholt ist, verloren haben. Der Grundsatz der „richtigen Absicht (recta intentio) bedarf der Erläuterung. Er schließt die Forderung nach einer genauen Zielbestimmung des militärischen Einsatzes ein und damit auch den Anspruch an die politischen Akteure, ein realistisches Friedensziel zu bestimmen. Die hinreichende Erfolgswahrscheinlichkeit eines militärischen Einsatzes im Sinne einer Konflikttransformation, wodurch ein späterer Friede angebahnt werden kann, gehört also zu den Kernelementen der „richtigen Absicht“. Sie birgt allerdings Fußangeln zuhauf. In einer hochkomplexen Konfliktlage, wie in Afghanistan, ist das Verhalten verfeindeter Akteure im Land, ausländischer Unterstützer, der interventionsbereiten Staaten untereinander und die Frage der benötigten Ressourcen (politisches Personal, Geld, Mitwirkung von Hilfsorganisationen, militärische Stärke, Durchhaltefähigkeit bei Opfern etc.) sehr schwer einzuschätzen.

In dem früheren EKD-Text von 1994 (Schritte auf dem Weg des Friedens) werden nur vier Kriterien neben dem „Ultimatio-Prinzip“ genannt:

- Rechtmäßigkeit nach den Regeln der Vereinten Nationen
- Klar angebbares Ziel der Intervention
- Nüchterne Veranschlagung der Erfolgsaussichten
- Exit-Strategie (Wie kann eine Intervention beendet werden?)

Hier werden die „richtige Absicht“ und die Veranschlagung der Erfolgsaussichten getrennt.

In der Friedensdenkschrift finden sich zusätzlich das Verhältnismäßigkeitsprinzip und das Unterscheidungsprinzip (zwischen Kämpfern und Nicht-Kämpfern), die feste Bestandteile des Völkerrechts sind.

In der Viererliste von 1994 und in der Siebenerliste der Friedensdenkschrift wird ein weiteres Kernkriterium für militärische Einsätze nicht genannt, sondern erst später aufgeführt und entfaltet: Die Ergänzung eines jeden militärischen Gewalteinsetzes um die zivile Komponente, um den zivilen Wiederaufbau im weitesten Sinn, der allein Versöhnung und Frieden und damit ein menschenwürdiges

Leben für alle erreichen kann (Leitbild des gerechten Friedens).

Die „Exit-Strategie“ zählt zu den vier Kernkriterien, fehlt aber in der Aufzählung in der Friedensdenkschrift in Ziff. 102 und im Abschnitt 3.3.2 (Grenzen kollektiver Schutzverantwortung). Insofern muss man sagen, dass die Friedensdenkschrift nicht sorgfältig genug in dieser wichtigen Kriterienfrage auf Kohärenz geachtet hat.

Weitere Beurteilungskriterien

Es wäre schon 1994 sinnvoll gewesen, darauf hinzuweisen, dass neben den alten Kriterien aus der Lehre vom gerechten

Es wäre schon 1994 sinnvoll gewesen, neben den alten Kriterien aus der Lehre vom gerechten Krieg neue Kriterien aufzunehmen, die der aktuellen politischen Diskussion entstammen. Dazu gehört das Verlangen nach einer Exit-Strategie.

Krieg und den gefestigten Kriterien des humanitären Völkerrechts neue Kriterien aufgenommen wurden, die der aktuellen politischen Diskussion entstammen. Dazu gehört das Verlangen nach einer Exit-Strategie. Das Friedensdokument von 1994 nennt noch weitere Beurteilungskriterien, ohne sie sprachlich ganz klar als solche zu kennzeichnen.

So wird unter IV. 1.d ausgeführt, dass das wiedervereinigte Deutschland in veränderter Verantwortung Alleingänge vermeiden müsse und „eine feste internationale Einbindung Priorität hat“ (S. 30). Einige Zeilen weiter steht: „Der Gesichtspunkt des nationalen Interesses ist legitim; er kann auch vor moralischer Überforderung bewahren.“ Auf S. 31 wird als „wichtige Voraussetzung“ für militärische Einsätze der Bundeswehr der „breite innenpolitische Konsens“ genannt. Im gleichen Zusammenhang fordern die Verf., dass die Soldaten der Bundeswehr „ebenso wie ihre Familien rechtlich eindeutige Verhältnisse“ benötigen.

Es genügt aber nicht, in einem kirchlichen Friedenstext neue außerkirchliche, nämlich rein politische und militärstrategische (Ausstiegsszenario) Gesichtspunkte aufzugreifen und sich zu eigen zu machen, sondern auch deutlich zu sagen, worin denn der kirchliche Bezug besteht. Nehmen wir als Beispiel die prioritäre internationale Einbindung deutscher Militäroperationen. Man könnte hier – was nun erstmals versuchsweise geschieht – auf den allgemein christlichen Grundsatz der Solidarität mit Mitmenschen und der Verlässlichkeit von Beziehungen hinweisen, der auf internationale Beziehungen angewendet werden kann. Internationale Zusammenarbeit (politisch, wirtschaftlich, kulturell) hat ein hohes Friedenspotential und bedarf sorgfältiger Pflege. Die erhöhten Ansprüche

unserer Nachbarn an die sicherheitspolitische Mitgestaltung Deutschlands in Nah und Fern könnten demnach aus kirchlicher Sicht als Ausdruck legitimer Solidaritätsforderung gedeutet werden und damit Eingang in einen ethischen Kriterienkatalog der Kirche finden. In diese Richtung gehen wohl die Ausführungen auf S. 31, wonach Deutschland gerade nach seiner belasteten Vergangenheit heute als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft allen Grund habe, „sich im Rahmen der Vereinten Nationen ... an der Abwehr von Aggressionen und Friedensbedrohungen ... zu beteiligen.“ Denkbar ist auch ein Rückgriff auf die Goldene Regel (Matthäus 7,12; Lukas 6,31). Wer eine solche oder ähnliche Argumentation für ganz inakzeptabel hält, müsste dann konsequenterweise verlangen, dass die EKD die im Friedenspapier von 1994 mit genannten politischen Beurteilungskriterien ab sofort ganz fallen lässt.

Die Fürsorgegesichtspunkte für Soldaten und Angehörige der Bundeswehr, die gegenwärtig in der öffentlichen Diskussion Deutschlands eine große Rolle spielen (z.B. seelische Traumata in steigender Zahl), können aus dem Grundsatz der kirchlichen Verantwortung für die Mitchristinnen und Mitchristen in Uniform abgeleitet werden. So sieht es höchstwahrscheinlich auch der evangelische Militärbischof, der sich seit seinem Amtsantritt Ende September 2008 sehr vernehmlich als Anwalt und Seelsorger der ihm anbefohlenen Soldatinnen und Soldaten versteht, ihre Nöte mit seinen Mitteln in Wort und Schrift öffentlich macht und für wirksame Hilfe plädiert.

Die bisherige Betrachtung hat bereits erhebliche Schwächen in der Präsentation der ethischen Beurteilungskriterien in den derzeit wichtigsten Friedenspapieren der EKD von 1994 und 2007 gezeigt: Fehlende Kohärenz bei den ethischen Kernkriterien, unübersichtliche Darstellung der weiteren, der politischen Diskussion entnommenen Zusatzkriterien und fehlende kirchliche Begründung.

Die Beliebigkeit der Zusatzkriterien zeigt sich daran, dass die textlich sehr umfangreiche Friedensdenkschrift von 2007 ebenfalls weitere Beurteilungsgesichtspunkte bringt, die ähnlich wie im Vorgängertext recht verstreut begegnen. In Ziff. 120 wird die local ownership eingefordert, die regelmäßige „Mitsprache der Betroffenen vor Ort“. In Ziff. 122 wird nur beiläufig bei der Erläuterung des Kriteriums „begründete Aussicht auf Erfolg“ in Klammern auf die „Festlegung von >Exit<-Kriterien“ verwiesen, die



im Friedenspapier von 1994 zu den vier Kernkriterien gehören. Ziff. 123 schließt die Erläuterung der Beurteilungskriterien bei internationalen bewaffneten Friedensmissionen mit der Forderung ab, solche Missionen *„immer mit einer begleitenden und nachträglichen Evaluierung durch unabhängige Instanzen“* zu verbinden. Der Abschnitt 4.2.3 über Rolle und Auftrag der Bundeswehr fordert in Ziff. 149 *„ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept, das bisher noch nicht hinreichend erkennbar ist.“*

Die beiden letztgenannten Forderungen begegnen sich seit Jahren in der politischen, medialen und wissenschaftlichen Diskussion (Friedensforschung, Politologie), entbehren damit kirchlicher Originalität, aber auch – wie oben schon bemängelt – der kirchlichen Begründung.

Wer also heute die beiden wichtigsten Friedenstexte der EKD heranzieht, um mit ihrer Hilfe die ethische Legitimation des laufenden Afghanistan-Einsatzes einschätzen zu wollen, hat es neben den Kernkriterien mit weiteren, im Grunde beliebigen Kriterien zu tun, deren kirchliche Tauglichkeit weithin unklar bleibt.

Die internationale Verpflichtung Deutschlands, im Rahmen der Vereinten Nationen, an multinationalen Militäreinsätzen teilzunehmen – im Text von 1994 mit politisch weisen Worten und Erläuterungen versehen – begegnet in der Friedensdenkschrift nicht mehr. Stattdessen wird in Ziff. 149 ohne Herkunftsangabe der Verdacht zitiert, „es gehe bei Auslandseinsätzen vor allem ums ‚Dabeisein‘

oder um bündniskonformes Verhalten“, im Grund eine Ungeheuerlichkeit der Verfasser, sich darauf auch nur einzulassen. Der in der deutschen Außenpolitik besonders wichtige Gesichtspunkt der Bündnissolidarität, der wahrscheinlich 1999 bei der deutschen militärischen Beteiligung an der Kosovo-Intervention Hauptmotiv gewesen ist, erfährt keinerlei Betrachtung, geschweige einer positiven Würdigung.

Es ist also jetzt zusätzlich zu der Beliebigkeit der ethischen Zusatzkriterien in der Friedensdenkschrift auch das Fehlen wichtiger Gesichtspunkte anzumahnen, die noch 1994 genannt wurden, nämlich der Bereich der von Deutschland geforderten internationalen Solidarität unter Abschluss seiner militärischen Kräfte.

Man kann nur Staunen, dass die seit dem Kosovo-Konflikt gerade in der Politologie geführte Diskussion über die deutsche Bündnissolidarität, die als Fußangel zum Bündniszwang führen kann, kirchlich bis heute noch nicht rezipiert wurde. In diesem Zusammenhang wäre genauer zu fragen, welcher sozioethische Bezugsrahmen für diese kirchliche Beleuchtung politischer Grundsätze in Frage kommt, also Verantwortungsethik, eine Güterlehre oder anderes.

Kriterien für Auslandseinsätze in der wissenschaftlichen Diskussion

Im Jahr 2006 begann in Politik und Wissenschaft eine rege öffentliche Diskussion über Kriterien für deutsche

Auslandseinsätze. Anlass war die deutsche Mitwirkung an den beiden sehr umstrittenen militärischen Operationen im gleichen Jahr, im Kongo und vor der Küste des Libanon (UNIFIL). Bis zum textlichen Abschluss der EKD-Friedensdenkschrift im Juli 2007 sind schon wichtige Dokumente zum Thema publiziert worden, beginnend in den Unionsparteien, von den anderen Parteien dann fortgeführt, und in der Politologie.

Volker Perthes (Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin) hat im Mai-Heft 2007 der Zeitschrift *Internationale Politik* vier zentrale Fragen vor den Auslandseinsätzen der Bundeswehr benannt und ausführlich erörtert. Sie bilden den Titel des Aufsatzes: „Wie? Wann? Wo? Wie oft?“

„Vier Gruppen von Fragen sind zentral und unabdingbar: Die erste Gruppe betrifft das völkerrechtliche Mandat eines solchen Einsatzes. ... Die zweite Fragen-Gruppe bezieht sich auf die Erfolgsaussichten und die Risiken eines Einsatzes.“ (S. 17f.) Dabei bringt er auch das Verhältnis militärischer und ziviler Einsatzkräfte für das Krisenmanagement ins Spiel, genauso wie die Frage nach dem überschaubaren Zeitrahmen des Einsatzes bis zur Verantwortungsübergabe an die lokalen Akteure. Es ist offenkundig, dass die beiden ersten Fragenkreise bei Volker Perthes mit den ethischen Kernkriterien der beiden EKD-Friedenstexte gut übereinstimmen.

„Der dritte Fragenkomplex bezieht sich auf die möglichen Dynamiken einer Krise.“ Staaten sollten sich vor einer

Intervention überlegen, so Perthes, „ob es sich bei der jeweiligen Krise um eine rein lokale Angelegenheit oder um einen Konflikt handelt, der regionale, möglicherweise sogar globale Bedeutung gewinnen kann.“ Im ersten Fall könne die Konfliktbewältigung eher einer Regionalorganisation überlassen werden. Die vierte Fragengruppe bezieht „sich auf die deutschen Interessen und die Ziele deutscher Politik“. Man müsse dabei fragen, „ob die Beteiligung oder Nichtbeteiligung deutscher Soldaten an einer geplanten Mission die EU und die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder die Vereinten Nationen stärken oder schwächen würde.“ Es ist zulässig „zu erörtern, ob die Beteiligung an einer solchen Intervention ... dem Ansehen Deutschlands in der Welt förderlich ist, ... ob der Einsatz einer Stärkung des Atlantischen Bündnisses dient.“ Beachtlich ist seine Fortsetzung: „Allein entscheidend können die Antworten auf diese Fragen nicht sein“. Was ist dann aber maßgeblich beim Ja oder Nein zu deutschen Militäreinsätzen?

Es ist, so Perthes, für Deutschland legitim, realpolitische oder idealistische Abwägungen zu treffen und Prioritäten zu setzen, z.B. für Konfliktgebiete in Europa oder an seinen Rändern, nicht aber in Ost-Timor oder in Somalia. Es müsse sehr genau überlegt werden, „wie begrenzte Instrumente und Ressourcen einzusetzen sind“. Sein Fazit: „Schon deshalb gilt es, Prioritäten zu setzen, ohne sich dabei aus der europäischen oder internationalen Verantwortung zu stellen.“

Die Friedensdenkschrift der EKD gibt sich mit diesen auch damals, 2006 und 2007 hochaktuellen politischen Fragen und Entscheidungskriterien nicht ab, die auch Kernfragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bilden. Sie fällt damit hinter die politisch weisen Ausführungen des Friedenstextes von 1994 zurück. Im Januar 2007 hat der bekannte Politologe Lothar Rühl in einem wichtigen Beitrag in der FAZ auf die dynamische Entwicklung von Konflikten auch während einer militärischen Intervention hingewiesen, die eine Exit-Strategie vorab nicht zuließen, aber auch keine starre Vorabfestlegung von Interventionszielen. Wichtiger sei die Frage, wieweit ein intervenierendes Land Verstärkungskräfte bereithalten kann. Diese Ausführungen betreffen ein Kernkriterium der EKD-Grundsätze, nämlich die Vorab-Festlegung realistischer Ziele.

Die nur ansatzweise vorgestellte politologische Diskussion weist darauf hin, dass schwere Konflikte dynamisch und damit wenig kalkulierbar verlaufen, – gegenwärtig bietet Afghanistan reichlich Anschauungsmaterial – auch dynamische Konzepte verlangt und nicht starre Betrachtungsweisen, wie sie in der Friedensdenkschrift der EKD erkennbar sind.

Ethische Beurteilungskriterien für wen?

Die Friedensdenkschrift selber lässt in den umfangreichen Passagen, die sich mit ethischen Entscheidungskriterien befassen, nicht erkennen, an wen sie gerichtet sind. Auch die Einleitung der Denkschrift (Ziff. 1-7) gibt keine Hinweise. Ziff. 103 schließt die Aufzählung der allgemeinen Kriterien rechtserhaltender Gewalt ab und formuliert: „*Nach herkömmlicher Auffassung der Ethik müssen für den Gebrauch von legitimer Gegen Gewalt alle [im Original auch kursiv] diese Kriterien erfüllt sein*“. Der Leser erfährt nicht, von welcher Ethik genau die Rede ist, obwohl das im vorliegenden Zusammenhang sehr wichtig wäre. Aus dem Duktus des Textes kann man folgern, – man muss es nicht zwingend – dass die dargebotenen Kriterien für die politischen Entscheidungsträger bindend sind. Sie hätten sich also bei Abstimmungen z.B. im Bundestag nach der EKD-Friedensdenkschrift zu richten. Muss man sich da wundern, dass sie sich bei solcher Sicht der Dinge bevormundet fühlen und rebellieren?

Man kann sich als Christ und Theologe nur wundern, dass im Zusammenhang der „Käßmann-Kontroverse“ die 2008 erschienene Denkschrift der EKD „Das rechte Wort zur rechten Zeit“ kein einziges Mal genannt, geschweige denn inhaltlich ins Spiel gebracht worden ist. Dieses vorzügliche Dokument behandelt wirklich alle kirchlich-theologischen Aspekte bei öffentlichen Äußerungen kirchlicher Amtsträger und kirchlicher Organe zu wichtigen öffentlichen Fragen der Gesellschaft und des Staates.

In wünschenswerter Klarheit wird über den Auftrag der Kirche gesagt, sie habe in ihren Stellungnahmen „das christliche Verständnis vom Menschen und von der Welt in Grundzügen aus evangelischer Perspektive zu entfalten und zu den jeweiligen aktuellen Herausforderungen

in Beziehung zu setzen.“ (Ziff 12) Da sich die Nachfolge der Christenmenschen als Dienst an der Welt und für die Welt erweist, achtet er „die Freiheit des Gewissens und die Freiheit Andersdenkender“ (Ziff. 14). Rechthaberei und Bevormundung sind „mit der von Christus gebotenen Wahrhaftigkeit, Demut und gegenseitigen Achtung nicht zu vereinbaren.“ (Ziff. 15). Die Grenze des kirchlichen Auftrags besteht darin, dass sie in kein fremdes Amt einzugreifen habe (Ziff. 16), sondern auf die Weise der Kirche durch Dienst und Zeugnis in Wort und Tat ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnimmt. Differierende Standpunkte zwischen Staat und Kirche sollen miteinander ins Gespräch gebracht werden, „notfalls auch im Konflikt“ (Ziff. 23) Der Diskurs soll auch als Teil einer gesellschaftlich breit angelegten Kommunikation geführt werden. (Ziff. 20). Noch deutlicher wird Ziff. 21: „Kirchliche Äußerungen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen sind Ausdruck der Bereitschaft und des Angebots zum Diskurs“.

Diese klare Positionsbestimmung versteht also friedensethische Wortmeldungen und Dokumente als kirchlichen Gesprächsbeitrag an die politisch Verantwortlichen mit der Bitte, sie in ihre eigene Urteilsbildung nach bestem Wissen und Gewissen einzubringen. Nicht die Kirche, sondern die Politik muss – oftmals in Kompromissen – auch schwierigste Entscheidungen in eigener Zuständigkeit fällen.

Volker Perthes schreibt in seinem schon vorgestellten Aufsatz vom Mai 2007 zu unserem Thema: „Eine Art Checkliste, bei der anstelle einer politischen Auseinandersetzung nur abgehakt und ausgezählt würde, ob genügend Bedingungen erfüllt sind oder nicht, kann es in einer parlamentarischen Demokratie nicht geben. Solche Entscheidungen müssen auf der Grundlage einer informierten strategischen Debatte getroffen werden, die auch die zunehmende Skepsis in der Bevölkerung anspricht.“

Das können auch die Verfasser der Denkschrift „Das rechte Wort zur rechten Zeit“ so sagen. Es wird Zeit, diese Denkschrift auch bei der Afghanistan-Debatte aus der Vergessenheit herauszuholen.

Nicht die Kirche, sondern die Politik muss auch schwierigste Entscheidungen in eigener Zuständigkeit fällen.

Die neue Friedensdenkschrift der EKD gibt sich mit hochaktuellen politischen Fragen und Entscheidungskriterien nicht ab. Sie fällt damit hinter die politisch weisen Ausführungen des Friedenstextes von 1994 zurück.



Gerhard Arnold
Evang. Theologe
und freier Publizist



Thilo Sarrazin,
Deutschland schafft sich ab
Wie wir unser Land aufs Spiel setzen
 Deutsche Verlags-Anstalt, München 2010
 ISBN 978-3-421-04430-3
 gebunden, 463 Seiten, 22,99 EUR

Kaum ein Buch hat in den letzten Wochen so sehr die Gemüter erhitzt, wie das von Thilo Sarrazin. Nach der Lektüre kann ich sagen, dass es in mir tatsächlich einen mehr als fragwürdigen Gesamteindruck hinterlässt. Damit meine ich keineswegs Sätze wie diesen: „In Deutschland arbeiten ein Heer von Integrationsbeauftragten, Islamforschern, Soziologen, Politologen, Verbandsvertretern und eine Schar von naiven Politikern Hand in Hand und intensiv an Verharmlosung, Selbsttäuschung und ProbleMLEUGNUNG.“ (S. 279). Wie wahr! Und auch einen Satz wie den folgenden würde ich (als alter Neuköllner) beispielsweise unterschreiben können: „Die Situation in Neukölln bringt die Frage der muslimischen Zuwanderung exemplarisch auf den Punkt. Es geht um die geballte Mischung aus Mangel an Bildung, fehlenden Sprachkenntnissen, aus Transferabhängigkeit, traditionellen Lebensformen, Jugendkriminalität, kultureller Distanz, und es geht um die Tendenz zur Verfestigung dieser Mischung.“ Überall dort, wo Sarrazin schlichte Sachverhalte und Mehrheitserfahrungen wie diese beschreibt, wird man ihm folgen können. Die Kritik, die sich bereits an diesem Punkte entzündet, kann man getrost zurückweisen, denn Wirklichkeitsverdrängung und Problemverweigerung waren noch nie die Quellen verantwortlichen politischen Handelns!

Die Art jedoch wie Sarrazin dann seine weitergehenden Schlussfolgerungen zieht, ist mehr als fragwürdig und an vielen Stellen regelrecht befremdlich. Dies lässt sich am Beispiel seiner in der Tat kruden und biologistischen Vererbungsthesen zeigen. So heißt es beispielsweise an einer Stelle: „Die gemessene Intelligenz korreliert positiv mit den beruflichen Leistungen und dem gesamten Lebenserfolg der Testpersonen“. Das

Höchstproblematische an solchen scheinbar auf den ersten Blick „wissenschaftlich“ und „objektiv“ klingenden Aussagen ist nicht etwa, dass sie für sich genommen falsch wären, sondern dass sie unter der Hand einen notwendigen Kausalzusammenhang suggerieren, der weder erkenntnislogisch zwingend noch erfahrungspraktisch verallgemeinerbar ist: Denn wer wüsste nicht, dass „Intelligenztests“ nur ein bestimmtes (vorher definiertes) Spektrum kognitiver Intelligenz ermitteln können. Und was hat das mit den tatsächlichen, späteren Berufs- und Lebenschancen, geschweige denn mit dem volkswirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Nutzen zu tun?

Auch die Terminologie, die über weite Strecken verwendet wird, verrät ein Menschenbild, das mit Sicherheit nicht als das christliche bezeichnet werden kann. Was bitte schön hat ein solcher Satz im Kapitel „Intelligenz und Demographie“ zu suchen: „Jeder Hunde- und Pferdezüchter lebt davon, dass es große Unterschiede im Temperament und im Begabungsprofil der Tiere gibt und dass diese Unterschiede erblich sind. Das heißt auch, dass manche Tiere schlichtweg wesentlich dümmer oder wesentlich intelligenter sind als vergleichbare Tiere ihrer Rasse“ (S. 92). Was will uns der Autor damit über uns Menschen sagen?

Sarrazin, für den bei seinen medialen und öffentlichen Auftritten schon immer – sagen wir es freundlich – ein gewisser Mangel an „emotionaler Intelligenz“ zu verzeichnen ist, hat ein bewusst provozierendes Buch geschrieben, das am Ende sehr wenig Neues zur Lösung der beschriebenen Probleme in unserem Land bereithält: Die Forderungen nach einem verpflichtenden Kindergartenbesuch für alle, dem Ausbau von Gesamtschulen oder die Unterstreichung der Notwendigkeit deutscher Sprachkenntnisse kommen einem ja mittlerweile bekannt vor. (Christian Meißner)

Empfehlung ★★★★★



Markus Reiter,
Dumm 3.0
Wie Twitter, Blogs und Networks unsere Kultur bedrohen
 Gütersloher Verlagshaus, München 2010
 ISBN 978-3-579-06883-1
 gebunden, 191 Seiten, 17,95 EUR

Reiter beschreibt in seinem Buch die Veränderung des Kommunikationsverhaltens unserer Gesellschaft durch das Internet, das in seinen Augen die dritte große Medienrevolution nach Erfindung von Schrift und Buchdruck darstellt. Nach jahrtausendelangem Fortschritt stellt die Fortentwicklung durch das Internet für Reiter nun jedoch größtenteils Verdummung dar. Daher kritisiert er die von ihm so genannten „Internet-Apologeten“, die

vermeintlich einer „Internet-Religion“ fanatisch anhängen und dieser eine Erlöserfunktion zuschreiben. Hier wie im Rest seines 190-seitigen Buches schließt der Autor von Einzelnen auf DEN Internetnutzer, eine Verallgemeinerung, die schlicht unmöglich ist und eine hierzulande typische Internet-Phobie deutlich macht. Hinzu kommt die Angst des ehemaligen stellvertretenden Reader's Digest-Chefredakteurs und FAZ-Feuilletonisten vor dem Sterben seines Berufsstandes – des klassischen Journalismus, den er von der wachsenden Bloggerszene gefährdet sieht.

Eine provokante, aber im Ganzen zu einseitige Betrachtung der Entwicklungen des Internets. (Patricia Romanowsky)

Empfehlung ★★★★★

Welche Aufgabe haben Kirche und Politik für das Gemeinwesen?

Der EAK Sachsen lud zum Frühjahrsempfang für die Synodalen der Ev.-Luth. Landeskirche

Es ist eine gute Tradition geworden, dass der Evangelische Arbeitskreis der CDU Sachsen am Rande einer der beiden Synodaltagungen im Jahr zu einem Empfang für die Parlamentarier der Sächsischen Landeskirche einlädt.

Zum Auftakt des Empfangs wurde in Grußworten des **Synodalpräsidenten Otto Guse** und des **EAK-Landesvorsitzenden Hans Beck** auf die Wichtigkeit des Miteinanders von Kirche und Landespolitik hingewiesen. „Der Evangelische Arbeitskreis sieht sich als ein Brückenbauer zwischen Kirche und Politik. Wir wollen evangelische – christliche – Wertüberzeugungen in die Politik tragen“ sagte Beck zu Beginn.

Als Referent für den Vortrag am Abend konnte Bundesinnenminister **Dr. Thomas de Maizière MdB** gewonnen werden. Herr de Maizière war bis zur letzten Periode Mitglied der Evangelisch-Luthischen Landessynode und ist seit 10 Jahren Mitglied im Landesvorstand des EAK Sachsen. Grundlegende Gedanken zur Positionsbestimmung von Kirche und Politik lieferte das Referat des Bundesministers: „**Welche Aufgabe haben**



v.l.n.r.: Dr. Thomas de Maizière und Hans Beck

Kirche und Politik für das Gemeinwesen? Vor allem die prekäre Situation der öffentlichen Haushalte und die Prioritätensetzung des Staates wurde dabei thematisiert: die Sozialausgaben des Staates haben sich in den vergangenen 30 Jahren mehr als verdreifacht. Dass nun Kürzungen auch dort erfolgen sollen und müssen, wurde gerade von einigen Synodalen scharf kommentiert. Fragen und Diskussionen, welche Aufgaben Staat und Kirche bei geringeren Haushaltseinnahmen in Zukunft noch wahrnehmen können und welche Aufgaben Kirche und Diakonie noch wahrnehmen können und sollten, schlossen sich gerade auch aus diesem Grund in der dann folgenden Stunde an.

Die Gespräche zwischen Mitgliedern des 16-köpfigen EAK-Landesvorstandes und den Synodalen setzten sich bis in den späten Abend fort. Der nachdrückliche Austausch und die Intensität der Gespräche zeigen, wie nötig – auch bei Differenzen – diese Gespräche sind. Und dass sie bald fortgesetzt werden sollten! Zur Arbeit des EAK können viele Gespräche in einzelnen Kirchengemeinden beitragen. Es bedarf aber auch eines breiten Diskussionskreises zwischen Kirche und Politik auf Landesebene, um Verständnis für und Wissen um die Lage des jeweils anderen zu bekommen, um Ideen und Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

Anregungen für den nächsten EAK-Empfang bei den Synodalen werden indes schon gesammelt, um Inhalte aus der Kirche heraus für die Arbeit des EAK fruchtbar zu machen. Aber auch, um das Mögliche der Politik im vertrauten Raum der Kirche zu erklären. Für den EAK-Landesverband Sachsen ist dieser Empfang eine der guten Gelegenheiten im Jahr zum Austausch mit der Landeskirche.

(Markus Kranich,
EAK-Landesgeschäftsführer)

Einladung zur Landestagung des EAK-Baden-Württemberg 2010

Freiheit in Verantwortung – Zukunftsorientierte Politik aus Verantwortung vor Gott und den Menschen

Samstag, 09. Oktober 2010 in Heilbronn

Bürgerhaus Böckingen, Kirchsteige 5 – Heilbronn-Böckingen
Beginn: 10 Uhr

Im Anschluss an die Mittagspause findet ein Gottesdienst in der Evangelischen Stadtkirche St. Pankratius mit Prälat Hans-Dieter Wille statt. Eine Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen folgt ab 15:15 Uhr.

Anmeldung und Rückfragen unter: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU – Landesverband Baden-Württemberg, Landesgeschäftsstelle | Hasenbergstraße 49b | 70176 Stuttgart | Telefon (0711) 66 90 40 | Telefax (0711) 66 90 415, eMail: zdena.sura@cdu-bw.de

Mit **Hans-Michael Bender** (Landesvorsitzender), Staatssekretärin **Friedlinde Gurr-Hirsch MdL** und der Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen,



Christine Lieberknecht MdL



v.l.n.r.: Dekan Harald Klingler, Dr. Martin Schmid, Ministerin Dr. Monika Stolz, OKR Johannes Stockmeier, Hans-Michael Bender und Bürgermeister Elmar Rebmann

EAK-Baden-Württemberg:

Start für Notlagenfonds „Kind Willkommen“

„**K**eine Frau soll aus finanziellen oder wirtschaftlichen Gründen eine Schwangerschaft abbrechen müssen“, betonte **Sozialministerin Dr. Monika Stolz** während eines Empfangs des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Baden-Württemberg anlässlich des Starts für den **Notlagenfonds „Kind Willkommen“**. Mit Hilfe dieses Notlagenfonds können Beratungsstellen die Perspektiven für das Leben noch deutlicher machen, so die Ministerin, die in Baden-Württemberg auch als Kinderbeauftragte fungiert. Das Kinderland Baden-Württemberg sei um einen weiteren Mosaikstein reicher geworden.

„Mit dem heutigen Start können an den 67 Orten, an denen die Diakonie in Baden-Württemberg Schwangerschaftskonfliktberatung anbietet, mit Hilfe des von der Diakonie verwalteten Fonds ratuchenden Frauen und Paaren in Anerkennung individueller Notsituationen schnell und unbürokratisch finanzielle Hilfen gegeben werden“, sagte **Hans-Michael Bender**, EAK-Landesvorsitzender und ehemaliger Landtagsabgeordneter, vor zahlreichen Gästen. Bender sprach **Dr. Martin Schmid** als in dieser Angelegenheit federführendem Vorstandsmitglied seinen Dank für dessen unermüdlischen Einsatz aus. Drei Jahre lang habe man mit verschiedensten Stellen Gespräche geführt. Leider habe sich die katholische Seite (CARITAS) noch nicht entscheiden können, dem Fonds beizutreten. Die Tür bleibe jedoch offen.

So werde jetzt die Diakonie die operative Verantwortung für das Projekt übernehmen. Bender betonte, dass der Fonds, der Eltern und Kindern im Lauf der ersten zwei Lebensjahre zugute kommt, Modellcharakter auch für die anderen Bundesländer habe. Er werde in seiner Funktion als stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender bei den anderen EAK-Landesverbänden dafür werben, dass ähnliche Initiativen auch dort gestartet werden.

„Leben ist gottgegeben“, unterstrich **Karl-Wilhelm Röhm MdL**, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, während seines Grußwortes und freute sich, dass die beiden diakonischen Werke Baden und Württemberg sowie die CDU-Landtagsfraktion mit einem Antrag in den Haushaltsberatungen des Landtages maßgeblich dafür gesorgt hätten, dass das Startkapital zusammengekommen sei. Mit Hilfe von Kirchenkollekten und Spenden soll der Fonds nun Schritt für Schritt ausgebaut werden. Ein weiteres Grußwort sprach Bürgermeister **Elmar Rebmann** aus Bad Urach. Zu Beginn wurde in der Amanduskirche Gottesdienst gefeiert. Die Festpredigt hielt der **Karlsruher Oberkirchenrat Johannes Stockmeier**, gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der Diakonie Baden. Er führte den Gästen die Mosesgeschichte als Beispiel vor Augen, wie helfende und wachende Frauen dem ausgesetzten Leben des kleinen Moses Hilfe und Perspektiven gegeben haben.

Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion Patricia Romanowsky, Simone Handt, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

Herrn Rainer Eppelmann
Vorsitzender der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin

Herrn Dr. Peter Egen
Hügelstraße 156
42553 Velbert

Herrn Gerhard Arnold
Helmuth-Zimmerer-Straße 37
97076 Würzburg

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation

Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis

Titel und S. 9 © Rainer Eppelmann;
S. 3 © epd-bild/Krause; S. 6/7 © epd-bild/
Andreas Schoelzel; S. 9 © EAK-Bundesgeschäfts-
stelle; S. 5 © epd-bild/Steffen Giersch;
S. 10 © Bundesregierung/Rolf Unterberg;
S. 11 © Dr. Peter Egen; S. 12 © epd-bild/Timo
Vogt/est&ost/JOKER; S. 15 © epd-bild/Kay Niet-
feld/dpa-Pool; S. 16 © Gerhard Arnold; S. 18 ©
EAK-Sachsen; S. 19 © EAK-Baden-Württemberg;

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung der Redaktion und mit Quellenan-
gabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen
die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt
die der Redaktion oder der Herausgeber.
Papier: 100 % chlorfrei

*„Und ihm träumte, und siehe, eine Leiter stand auf Erden,
die rührte mit der Spitze an den Himmel....“ (1. Mose 28,12)*

Wie viele Menschen sind auch in unserer heutigen Zeit auf der Flucht und fernab von einem Ort des Friedens und der Versöhnung, den sie ihr „Zuhause“ nennen können; und wenn schon nicht vor anderen, so doch auf der Flucht vor sich selbst? Doch die Sehnsucht nach dauernder Heimat erfüllt sich nicht einfach nur an bestimmten Örtlichkeiten und in äußerlicher Weise. Heimat ist weit mehr als das. Es ist eine Befindlichkeit allumfassender Geborgenheit und Liebe, wo wir als Menschen so sein dürfen, wie wir sind. Heimat ist das Gefühl des bedingungslosen Angekommenseins, auch und gerade im Spiegel meiner verdrängten, unerwünschten Anteile meines Selbst. Denn im Lichte der heimatlichen Liebe erwachsen die Kräfte zum Neuanfang, zur Veränderung und zur Umkehr!

Wo Gott mich mitten in meinem Leben tröstend anspricht, da werde ich hinausgehoben aus den Niedrigkeiten und Begrenzungen meines Eingebunden-Seins in meinen Nöten, da kann ich aufblicken, freien Hauptes, zu den lichten Höhen meiner wirklichen Bestimmung. Die Himmelsleiter Jakobs wird zum Symbol für den wahren „Ort“, wo ich zu Hause bin, weist mir den Weg, wie ich aus allen irdischen Fesseln meine Seele immer wieder kraftvoll erheben kann! Wo das irdische Umfeld keine heilvollen Perspektiven mehr bieten kann, gibt es eine bleibende, hoffnungsvolle Aussicht. Gott tut uns den Himmel auf, um uns dorthin zu leiten. Er schenkt uns immer wieder von neuem die Horizonte der Zuversicht, auf dass wir in sein Haus einkehren.

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

